

DAS INFO AUS DER ROTEN FLORA

NR. 165 NOVEMBER DEZEMBER 2011

SQUAT THE CITY



Vorwort

Werte Leser_innen,

… mit Bedauern haben wir festgestellt, dass wir in unserer letzten Ausgabe aus Versehen bei der Dokumentation zum Angriff auf die Hochschule der Polizei Hamburg den ersten Abschnitt nicht mitgedruckt hatten.

… mit Freude hingegen haben wir die beiden Spenden finanzieller Art für die ZECK in Empfang genommen. Den Spender_innen sei hiermit herzlichst gedankt! Nachahmung gerne erwünscht ;)

Dieses Mal erreichten uns viele Texte zum Thema Antiatom/Castortransport nach Gorleben. Einige werden sich wundern, über den Text der IL zu Castor schottern im Heft. Auch wenn die IL vergisst, dass der Antiatom-Widerstand gegen die Castortransporte ins Wendland neun Jahre breit und vielfältig ohne die sie stattfand, finden wir, der Text soll auch seinen Platz in der Anti-Atom-Diskussion dieses Heftes haben. Wir teilen einige Ansichten aus dem Papier gar nicht, sehen uns aber leider als chaotisches Redaktionsteam nicht in der Lage unsererseits auf einzelne Behauptungen oder Thesen einzugehen. Wir verweisen auch nochmal auf die Texte zur Nachbereitung des Castortransportes 2010 von autonomer Seite in unseren alten Ausgaben.

Auch zur Räumung des Wagenplatzes Zomia wurden uns einige Texte gesendet. So z.B. eine Karte die bereits im Internet veröffentlicht worden ist und neben einer Solierklärung autonomer Gruppen für einigen Wirbel gesorgt hat. Außerdem einige kritische Anmerkungen aus ebenfalls autonomer Perspektive hierzu. Ebenfalls im Heft enthalten ist der Aufruf zu den Aktionstagen „Access all areas“ am 17.12.. Wir sind gespannt auf den Tag und freuen uns schon auf's vorweihnachtliche Singen und Bambulegegröhle auf den Weihnachtsmärkten.

Zudem hat uns ein Leserbrief zu dem Text „Splitter der Nacht“ aus der letzten Ausgabe erreicht. Eigentlich finden wir sowas super. Leider beschlich uns beim Lesen der Verdacht wir müssten eine neue Rubrik „Wirre Leser_innenbriefe“ einführen - oder aber uns fehlt einfach der Intellekt ihn zu verstehen. Mit Metaphern wie „Volkskrieg“ tun wir uns darüber hinaus schwer und was das verschwörerisch daherkommende „9/11“ unter dem Text zu suchen hat, scheint uns auch eher eine Thema für Dan Brown und die Illuminaten zu sein. Da uns beim „leninistischen stufenmodell als lehre und bewegung“ ganz schwindlig wurde, drukken wir den Beitrag aus Rache an den unbewussten Massen aber einfach mal ab.

eure heimlichtuer_innen

Z.

Inhalt	Seite

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Autome Vollversammlung am 15.11. 19.30 Uhr Rote Flora Themen: Castor, Flora Aktionstag, Zomia

##################################

Buchtipp: Abrisse

innen- und außenansichten einsperrender institutionen von projekt baulücken
„Die Parole ‚Freiheit für alle Gefangenen' ist für uns verbunden mit einer gesamtgesellschaftlichen Utopie und nicht von dieser zu lösen. Es geht darum, für eine Gesellschaft einzustehen, die sich die Frage nach der Institution Knast nicht stellen wird."
Ausgehend von einer gesamtgesellschaftlichen Utopie, in der die Institution Knast keinen Platz hat, zeichnet das Projekt Baulücken grundlegende kritische Positionen zum Thema Gefängnisse auf. Berücksichtigt werden dabei die verschiedenen Sichtweisen von Gefangenen, Aktivist_innen aus verschiedenen Ländern und Antwält_innen, die über eine isolierte Betrachtung der Institution Gefängnis hinaus weisen. Die Vielfalt der behandelten Themen reicht von Arbeit im Knast, „Resozialisierung", Sicherheitsverwahrung bis hin zur Situation weiblicher Gefangener. Das Buch ist Beim Verlag Edition Assemblage erschienen und kann dort oder einfach im Schanzenbuchladen (Schulterblatt 55) bestellt/gekauft werden.
http://www.edition-assemblage.de/abrisse/
http://bauluecken.blogsport.de/

##################################

Anarchistischer Abend Holen wir uns unsere Leben zurück!

09.11. 19 Uhr

Eine weitere nukleare Katastrophe, Stör und Unfälle an Reaktoranlagen und trotzdem steht der Castor durchs Wendland vor der Tür. Die Bedrohung durch Atomkraft ist permanent. Der nächste Transport auf anderer Strecke an einen anderen Ort folgt schon bald und mehrfach die Woche finden z.B.nukleare Transporte über den hamburger Hafen statt. Wir wollen über den Widerstand gegen die Nukleartechnologie und alles was damit zu tun hat sprechen. Außerdem wollen wir den Film "Under the surface" über Uran-Bohrungen in Nord-Schweden zeigen.

22.11. 19 Uhr

In einem kleinem Land gar nicht so weit weg leisten einige Anarchisten_ innen Widerstand gegen die Diktatur und die Unterdrückung. Mitstreiter_ innen werden über ihre Erfahrungen in Belarus(WeißruKland) berichten. Außerdem wollen wir über die Repression gegen und über Solidarität mit den Anarchisten__innen in Belarus sprechen.
Im Anschluß wird es 2 kurze Filme geben.
im LIZ (Karolinenstr.-u2 Messehallen)
Kontakt: a-abend@riseup.net
informieren - diskutieren - austauschen

##################################

Nachbereitung Kongress für autonome Politik!?

Der Kongress für autonome Politik ist nun schon ein paar Monate her und bisher gibt es kaum veröffentlichte Beiträge zur Nachbereitung oder Auswertung.
Als Vorbereitungsgruppe haben wir uns dazu entschieden eine schriftliche Nachbereitung aus unserer Sicht zu veröffentlichen. Da es sich aber um einen Kongress für autonome Politik handelt, wollen und können wir eine Auswertung nicht alleine machen.
Unsere Überlegungen alleine, würden weder dem Anspruch autonomer Debatte, noch den vielfältigen inhaltlichen Positionen gerecht werden. Auch können und wollen wir nicht alleine nach einer Perspektive Städte übergreifender Vernetzungen und Debatten, nach den Erfahrungen von zwei autonomen Kongressen, suchen. Deshalb bitten wir euch darum, dass ihr eure Gedanken, Debatten, Kritiken zu bzw. an dem Kongress und zur Perspektive autonomer Diskussionen aufschreibt und bis Ende des Jahres an
autonome-perspektive@nadir.org schickt.
Wir hoffen, dass wir mit unseren und euren Beiträgen eine Broschüre zusammenstellen können, die eine Fortführung der inhaltlichen Debatten ermöglicht und die Anknüpfungspunkte für weitere Überlegungen zu geeigneten Formen Städte übergreifender Vernetzung und Diskussion bietet.
Also haut in die Tasten, damit es Anfang 2012 so viele Auswertungen und Kritiken gibt, dass eine Broschüre die vielfältigen Perspektiven innerhalb der Debatten des Kongresses und von autonomer Politik widerspiegeln kann.

Die Vorbereitungsgruppe
(PGP-key gibt's bei http://autonomepolitik.blogsport.de/kontakt/)

##################################

Kukutza-Sponti: Bullen angegriffen, Nobel-Restaurant entglast

Hamburg 21. September 2011

Gestern Abend fand gegen 20:30 Uhr eine unangemeldete Demonstration in Solidarität mit dem am Morgen geräumten Kukutza III Gaztetxea (Bilbo/Baskenland/span. Staat) in Hamburg-Ottensen statt. Die rund 250 TeilnehmerInnen führten erfolgreich eine lautstarke und unkontrollierbare Demonstration trotz vorheriger massiver Polizeipräsens im Stadtteil durch. Dabei kam es zu mehreren Angriffen auf Bullen mit Pyrotechnik, Steinen, Flaschen und Bierbänken sowie einigen Sachbeschädigungen. Am späteren Abend attackierten bis zu 60 Menschen in Hamburg-St. Pauli die Riverkasematten, eine „Restaurant-Lounge" des „Eigentümers" der Roten Flora, Klausmartin Kretschmer. Die Cops nahmen vier GenossInnen vorläufig fest, und erteilten 22 Platzverweise.
Am Morgen des gestrigen Mittwoch (21.09.2011) verbreitete sich wie ein Lauffeuer in ganz Hamburg die schockierende Nachricht vom brutalen Angriff auf unsere GenossInnen im Baskenland und der anschließenden Räumung und Zerstörung des besetzten autonomen Stadtteilkulturzentrums Kukutza III Gaztetxea in Bilbo durch die baskischen Bullen. (1)
Das bereits seit mehreren Wochen akut räumungsgefährdete autonome Projekt hatte in einer internationalen Kampagne zu Solidarität aufgerufen. (2) Internationale Brigaden aus aller Welt kamen nach Bilbo, um die BesetzerInnen aktiv zu unterstützen. (3) Auch außerhalb des Baskenlandes gingen GenossInnen in Solidarität mit dem Kukutza auf die Straße. So demonstrierten bereits vergangen Samstag (17.09.2011) ca. 50 GenossInnen unangemeldet durch die Hamburger Innenstadt (4).
Seit über einer Woche kursierte in Hamburg der Aufruf zu einer unangemeldeten Soli-Demo am Tag X der Räumung des Kukutza in Hamburg-Ottensen. (5) Dieser wurde auch von der Autonomen Vollversammlung (AVV) sowie der Flora-bleibt-Kampagne öffentlich unterstützt. (6)
Als die Räumung des Kukutza traurige Gewissheit war, versammelten sich gegen 20 Uhr immer mehr Menschen auf dem Spritzenplatz, mit dem Wunsch ihrer Fassungslosigkeit und Wut Ausdruck zu verleihen. Die Bullen zeigten bereits Stunden zuvor nervöse Präsenz im Stadtteil und umstellten den Spritzenplatz an allen Zugängen mit mehreren Trupps Bereitschaftspolizei. Auf die hilflosen Versuche des Bullen-Einsatzleiters, eine anmeldende Person zu finden, wurde mit Spott reagiert.
Um 20:30 Uhr formierte sich aus der wartenden Menge ein Demonstrationszug mit Transparenten („Kukutza bleibt – Freiräume verteidigen - Weltweit") und machte Anstalten in die Ottensener Hauptstraße

Richtung Bahnhof Altona zu ziehen, worauf eine Bullenkette versuchte den Weg zu versperren, dabei aber netterweise den Weg in die Bahrenfelder Straße öffnete. Währenddessen wurden Flyer zur Situation des Kukutza verteilt. Unter lautstarken Parolen traf der Demozug auf die Kette, wobei es zu Rangeleien und Handgreiflichkeiten mit den sichtlich überforderten Bullen kam. Als diese von hinten weitere behelmte Unterstützung bekamen, wandte sich die Spitze der Demonstration überraschend in die Bahrenfelder Straße und ließ die verdutzten Bullen hinter sich. Die größtenteils vermummten DemonstrantInnen zogen entschlossen mit viel Pyrotechnikeinsatz über den Alma-Wartenberg-Platz bis in die Friedensallee. Dabei wurde ein Streifenwagen und ein Bullenmotorrad attackiert und beschädigt. An der Kreuzung Friedensallee/ Behringstraße überholte eine Bulleneinheit die Demonstrationsspitze an der Seite und versuchte sich vor diese zu setzen, was mit gezielten Böller-, Flaschen- und Steinwürfen beantwortet wurde. Dabei traf eine Flasche eine behelmte Polizistin am Kopf, diese wurde leichtverletzt in ein Krankenhaus gebracht. Die Demonstration drehte um, und zog in die Barner Straße, wobei einige Bullen Steine und Böller fraßen, Müllcontainer auf die Straße gezogen und ein Wagen der Hambuger Hochbahn angegriffen und beschädigt wurde. An der Kreuzung Bahrenfelder Straße/Barner Straße zog die Demo wieder über die Bahrenfelder Straße, wo DemonstrantInnen eine einzelne Wanne der Bereitschaftspolizei mit Tritten, Fäusten und Bierbänken attackierten, über den Alma-Wartenberg-Platz in die Nöltingsstraße. In der Nöltingstraße bogen die Demonstrierenden in einen Innenhof, und tauchten plötzlich als wieder konzentrierte Menge durch eine Unterführung in der Ottensener Hauptstraße auf. Wieder am Spritzenplatz angekommen, empfingen die DemonstrantInnen die verbliebenen Bullen mit Steinen und Flaschen, wobei sich ein Bulle an der Hand verletzte. Hier begann sich der Demozug in verschiedene Gruppen zu teilen, welche in unterschiedliche Richtungen in den noch jungen Abend verschwanden. Im Nachhinein erteilten die Bullen im ganzen Stadtteil 22 Platzverweise. Am späteren Abend ließen über 60 GenossInnen den „Eigentümer" der Roten Flora, Klausmartin Kretschmer stellvertretend für alle mit autonomen und besetzten Projekten spekulierende Kapitalisten wissen, dass die Räumung des Kukutza ein Angriff auf uns alle ist, und deshalb auch überall beantwortet wird. Die sog. „Restaurant-Lounge" Riverkasematten, ein prestigeträchtiges Luxusobjekt des Immobilienhais Kretschmer im von Gentrifizierung stark betroffenen Stadtteil St. Pauli wurde mit Steinen, Böllern und hauseigenem Inventar angegriffen und beschädigt. Kurz danach gingen mehrere Scheiben eines Bonzen-Cafes zu Bruch. Eine sich anschließend formierende zwanzig-köpfige Demo lief mit einem Transparent auf die Reeperbahn und wurde dort zerstreut, wobei vier GenossInnen vorläufig wegen Verdachts auf schweren Landfriedensbruch festgenommen wurden. Drei von ihnen wurden ED-behandelt, alle vier kamen in der Nacht raus.
Analysiert, ergänzt, verbessert!
Freiräume verteidigen weltweit!
Häuser besetzen!
Kukutza aurrera! Flora bleibt!

####################################

anmerkungen zu „zeck" nr.: 164, „splitter …", s.8.

es gibt beispiele aus der geschichte, warum das leninistische stufenmodell als lehre und bewegung inzwischen etwas wirklichkeitsfremd und geschichte ist und fast immer nur noch dann herangezogen wird, um die abwesenheit einiger gedanken zu verdekken:
so handelt es sich zwar bei dem historischdialektischem materialismus um ein in der vergangenheit radikal zum einsatz gekommenes mittel um den russischen feudalismus im letzten jahrhundert mit erfolg zu eliminieren, kam es dort aber kurze zeit darauf nicht mehr in die anwendung, um die, sich aus diesem prozess neu ergebende fragen und erkenntnisse in einem weiterführenden radikalen gesellschaftlichen prozess auf den weg zu bringen.
wenn wir aktuell von seinem bescheidenem überleben in mehr oder weniger kleinen zirkeln absehen, war mensch vorrangig mit sich selbst befaßt, war und ist immer noch die, durch mehr oder weniger qualifizierte kader getragene und streng hierachisch organisierte struktur, oft auf sich beschränkt, obwohl manche/r um die probematik dieser speziellen trennung, wie grundsätzlich um die problematik der trennung überhaupt wußten.

um nicht abzuheben: es gibt aktuell in der „neuen linken" den einen und anderen zungenfertigen kader, die lange brauchen, „bis sie ihren wirklichen feind erkennen". die z.b. zum thema gewöhnlicher sozialer rassismus nichts anderes zu sagen wüßten, denn, dass sie (vertikale) klassenanalyse ein alter hut ist (sie war nie was anderes!), und die wieder wie in alten zeiten in belehrendem ton ihre ansprüche formulieren und vergessen, was die radikalen bedürfnisse der menschen aus der unterklasse sind: z.b. täglich eine warme suppe essen wollen, ohne den kotau machen zu müssen. jede und jeder kennt das problem von denen „oben": sie wollen reale macht und wollen sich gleichzeitig „einen heiligenschein verpassen". sie sind erscheinung und wesen der „zerstörung durch das system".
dieser teil der „neuen linken", wir wollen ihn der einfachheit halber den rechten flügel in der „neuen linken" nennen, braucht unsere solidarität damit sie ihre gesellschaftanalysen überprüfen können und den weg in der konfrontation mit dem system finden um (wieder) eine radikale kritische identität zu entwickeln, ein neues bewußtsein für das wesentliche und (wieder) teil der kontinuierlichen kämpfenden bewegung werden und damit (wieder) teil des praktischen befreiungskampfes. das schafft glaubwürdigkeit!

wichtiger ist aber: das moment einen volkskrieg führen zu wollen, war ebenfalls seiner zeit nicht ernsthaft erwogen, hatte z.b. die, für kurze zeit zum einsatz gekommenen arbeiter-/ soldatenräte bestenfalls eine taktische, aber keine strategische bedeutung, ist es heute dementsprechend nur schwer vorstellbar einen aufstand vorran zu treiben.
jede radikale veränderung im heute ist der fortschritt von morgen. das sehen menschen in den metropolen so, wie anderwo. ein schritt dort hin ist das aggressiv und schamlos, skrupellos bis mörderisch organisierte und real existierende kapitalistische verbrechen zu beenden, läuft das unverändert über die mögliche realisierung der radikalen kostbarkeiten:
sich dem system mit lust und leidenschaft zu verweigern, sich die neu entwickelten revolutionären kriegswissenschaften aneignen, für autonomie, freiheit, unabhängigkeit und ein ende der bürgerlichen gefangenengesellschaften streiten! es ist an der zeit, die knäste der bürgerlichen demokratie zu verlassen, sie zu zerstören und sich hin zur konkreten befreiung bewegen! und wer kalte füße bekommt, dem hilft bekannlich (die) bewegung!

ps: und wer sich auf toni negri bezieht, sollte wissen, dass er seiner zeit in einem brief an den richter sica eine „taktische allianz zwischen den kommunisten und dem staat vorschlägt um den terrorismus zu schlagen" (im expresso" veröffentlicht). auch hier gilt wieder: taktik und taktik macht noch keine strategie aus, sondern bestenfalls opportunismus.

9/11 huk

access all areas

Aktionstag am 17.12. gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung

Städte sind weltweit Schauplatz ökonomischer Zwänge und repressiver Politik. Gleichzeitig sind sie umkämpfte Orte, die bestimmt sind von Auseinandersetzungen um Selbstbestimmung und Teilhabe. Wir erleben derzeit an vielen Orten Krisen, soziale Proteste und neue Bewegungen. Um diese Konfliktlinien auf dem Terrain der Stadt zu vervielfältigen, findet am Samstag, den 17. Dezember 2011 ein Aktionstag gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung statt. Dieser soll ein regionales und internationales Ereignis schaffen, das überall dort seinen Ort hat, wo ihr kämpft und lebt und euch solidarisch auf besetzte Projekte wie die Rote Flora bezieht.

Rote Flora verteidigen!

Als besetztes, autonomes Zentrum ist die Rote Flora in Hamburg seit über 20 Jahren Ausgangspunkt politischer Interventionen, Treffpunkt politischer Gruppen sowie unkommerzieller Ort für Partys, Veranstaltungen und Selbsthilfe. Derzeit ist sie erneut von Verkauf und Räumung bedroht, nachdem der formalrechtliche Eigentümer angekündigt hat, die Immobilie gewinnbringend veräußern zu wollen. In Anbetracht eines möglichen Räumungsszenarios wollen wir bereits im Vorfeld Widerstand auf allen Ebenen entwickeln.
Bei der Verteidigung der Flora setzen wir nicht auf Verhandlungen, Verträge oder sogenannte Beteiligungsverfahren. Im Zentrum der gegenwärtigen und kommenden Auseinandersetzungen steht die Unverträglichkeit des Projekts: Es geht um die Stärkung der Flora als politischer Störfaktor, der sich offensiv in aktuelle gesellschaftliche Konflikte einmischt und den Normalbetrieb kapitalistischer Stadtentwicklung durchkreuzt.
In den letzten Monaten gab es Solidaritätsveranstaltungen, Aktionen und eine überregionale Demonstration mit über 5000 Menschen. Unter dem Motto „Stadt selbst machen“ wurde dort der Kampf um die Flora mit dem Kampf um Recht auf Stadt verbunden. Im Mittelpunkt stand die Verbindung lokaler Konflikte in der Perspektive einer Vergesellschaftung von Stadt. Ein solidarischer Begriff von Gesellschaft, der das Lokale und das Globale zusammendenkt und der Logik von Staat und Privateigentum eine selbstbestimmte Praxis entgegensetzt.

In ihrem Begehren nach Unverträglichkeit und Aneignung ist die Rote Flora Teil vielfältiger Bewegungen, die sich überall entwickeln, wo Menschen sich kritisch gegen die scheinbare Unausweichlichkeit kapitalistischer Sachzwänge organisieren.

Für die Aneignung des Lebens und der städtischen Räume

Besetzte Räume sind für uns Schwarze Löcher in der Eigentumsordnung: Sie gehören niemandem außer denen, die sie aktiv nutzen. Zugleich wissen wir um unsere Eingebundenheit in gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsverhältnisse; auch wir sind Teil einer beständigen Produktion von Waren, Werten und Konsumbedürfnissen. Doch eben dieser Ausgangspunkt, mitten in den Verhältnissen, ermöglicht es, diese von innen heraus zu sabotieren, um Mitmachzwang und Unterdrückung mit kollektiven Prozessen der Subversion und Aneignung zu begegnen.
Die Städte, die Häuser, die Dinge und Ideen werden im Kapitalismus zu Waren gemacht. Für uns sind sie Teil eines Gemeinsamen, welches durch uns alle geschaffen worden ist und folglich auch allen zusteht. Das Ziel emanzipatorischer Aneignung ist nicht individuelle Bereicherung, sondern Enteignung zur kollektiven Umverteilung – und damit die Aneignung eines Lebens jenseits von Normen, Zwängen und dem Elend der Lohnarbeit. Diese Auseinandersetzungen finden in den Metropolen ebenso wie in der Peripherie und ländlichen Räumen statt.

Ein Tag der Theorie und Praxis sozialer Kämpfe

Der Aktionstag soll Ausdruck, Kristallisationspunkt und Vernetzung dieser lokalen und doch grenzüberschreitenden Kämpfe sein. Wir wollen die überall stattfindenden Auseinandersetzungen aufeinander beziehen und als allgemeinen politischen Konflikt im Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft sichtbar machen, ohne sie zu vereinheitlichen. Umgekehrt gewinnen durch diese Bezugnahme auch die jeweils lokalen Kämpfe an Stärke und politischem Gewicht, verschieben die Kräfteverhältnisse. So ist es für uns ein konkretes Ziel des Aktionstages, uns selbst, aber auch möglichen Investor_innen und den politisch Verantwortlichen einen Eindruck des überregionalen und internationalen Widerstands zu vermitteln, mit dem z.B. im Falle eines Angriffs auf die Rote Flora zu rechnen ist.

Wir fordern alle auf, zum Aktionstag am 17. Dezember 2011 allerorts vielfältig aktiv zu werden, lokale Konflikte aufzugreifen und eure Kämpfe vor Ort mit dem Kampf um das politische Projekt Flora zu verbinden!

Mögliche Anknüpfungspunkte sind für uns unter anderem: Die Aneignung und Verteidigung selbstbestimmter Projekte und die Vergesellschaftung umkämpfter Räume. Der Protest gegen Gentrifizierung und neoliberale Privatisierung, gegen Repression und die Vertreibung unerwünschter Bevölkerungsgruppen, gegen rassistische Polizeikontrollen und Abschiebungen. – Der Aktionstag bietet Raum für vielfältige Interventionsformen: Schöpft aus dem Repertoire sozialer und politischer Bewegungen oder lasst euch etwas ganz Neues einfallen. Macht euch selbst zum Ausgangspunkt, seid künstlerisch und direkt, nachdenklich und zornig, heimlich und laut, unberechenbar und entschlossen!

Gentrifizierung sabotieren – besetzte Projekte vervielfältigen! Für die Enteignung des Privaten und die Aneignung des Öffentlichen! Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus bekämpfen!

Kampagne „Flora bleibt unverträglich“

Mehr Infos: http://florableibt.blogsport.de
Für Vernetzung, Fragen und Anregungen: flora-bleibt@nadir.org

IIn Hamburg werden für diesen Tag mehrere Aktionen und eine Ralley vorbereitet. Zudem gibt es mehrere Kundgebungen zu Themen um Recht auf Stadt, Vertreibung, Mieter_innenkämpfen und die Verteidigung von Projekten. Auf den Weinachtsmärkten der Innenstadt kann zwischendurch Bambule unterm Weinachtsbaum gefeiert werden und auch eine Kundgebung mit einem Abschlußkonzert auf der Reeperbahn wird zur Zeit angedacht.

Mietendemo und Polizeiübergriffe



Am Samstag den 29.10. fand in Hamburg eine Demonstration für die Vergesellschaftung von Wohnraum mit 6000 Menschen statt. Der autonome Block und andere Menschen auf der Demo wurden dabei mehrfach von der Polizei angegriffen und es kam zu zahlreichen Verletzten. Trotz zahlreicher Stops blieb die Demo solidarisch und geschlossen und wurde bis zum Ende durchgesetzt. Bei vielen Projekten auf der Route gab es Transparente, Pyrotechnik oder Konfettie.

Auftaktkundgebung

Ab 13 Uhr versammelte sich ein bunter Mix aus Leuten am Millerntorplatz. Ziel der Demo ist der Protest gegen steigende Mieten und den Mietenspiegel als Motor dieser Entwicklung. Zunehmend werden Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt, sind Mieten unerschwinglich oder überhaupt keine menschenwürdigen Wohnungen erhältlich. Auch die aktuellen Neubauprogamme dienen in erster Linie Besserverdienenden und Investoren als sichere Investition in Zeiten unsicherer Märkte und Wirtschaftskrisen.
Zentrale Forderungen der Demo waren kurzfristig die Einführung einer Mietobergrenze und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen und langfristig eine Vergesellschaftung des Wohnraums. Dahinter verbirgt sich der Gedanke "Wohnraum ist keine Ware" und der Versuch, diesen vom Markt zu nehmen durch Genossenschaften, selbstbestimmte Projekte, Enteignungen durch Aneignung und eine antikapitalistische Perspektive.
Drei Lautsprecherwagen mit Funkverbindung übertrugen die Redebeiträge der Auftaktkundgebung. Ausnahmsweise funtionierte dieses Prinzip sogar und die Einleitungsreden waren für alle gut zu verstehen. Unter anderem gab es dabei den Redebeitrag eines auf der Straße Lebenden, der über seine Situation und die Probleme bei der Wohnungssuche berichtete. Thees Uhlmann spielte anschließend ein paar Lieder und die Demo begann.

Start der Demo

An der Spitze der Demo formierte sich ein bunter Block mit Menschen aus allen Spektren der Demo. Auf das Fronttransparent "Mietenwahnsinn stoppen - Wohnraum vergesellschaften" folgten Fahnen der Gewerkschaften, das "Mieten spiegeln Herrschaft - Scherben bringen Glück" Transparent vom Topfschlagen, ein Transparent der Gruppe Avanti, Fahnen und Schilder von S.O.S. St. Pauli und vieles mehr.

Der autonome Block ging hinter dem eher existenzialitisch gehaltenen Fronttransparent mit dem Zitat "Keiner kommt hier lebend raus" und der Forderung "Kapitalismus abschaffen". Mit dabei waren auch zahlreiche Fahnen und ein Transparent zur Solidarität mit dem kürzlich geräumten Zentrum Kukutza in Bilbo. Hinter diesem Block gingen weitere Gruppen von Recht auf Stadt, Mieter_innen und Initiativen gegen die herrschende Stadtentwicklung. Am Demoende fuhr ein Wagen des akut räumungsbedrohten Wagenplatzes Zomia aus Wilhelmsburg. Dort wurde zur Verteidigung des Platzes aufgerufen und eine Demonstration für den 5.11., einen Tag nach Inkrafttreten der Räumungsverfügung, angekündigt. Andere Flugblätter von autonomen Unterstützer_innen riefen zu mehr als symbolischen Protesten und Sachbeschädigungen im Fall einer gewaltsamen Räumung auf.

Für eine Recht auf Stadt-Demo eher ungewöhnlich begleitete von Anfang an mit einigem Abstand ein großes Polizeiaufgebot die Demo. Es gab einen zahlenmäßig starken Objektschutz für den Astra-Turm und andere Neubauten auf St. Pauli und zahlreiche Wasserwerfer auf der Route. Diesem Bedrohungsszenario zum Trotz ging in der allgemeinen Aufbruchsstimmung die Scheibe eines Glaspalastneubaus neben den "Tanzenden Türmen" zu Bruch. Auf Höhe der Hafenstraße am NO BNQ vorbei flogen vorbereitete Papiermasken aus den Fenstern, die anschließend einigen Teilnehmer_innen zur "Vermummung" dienten. An den Esso Hochhäusern wurde die Demo von Bewohner_innen mit Transparenten und Feuerwerk empfangen. Die Essohäuser sind ebenso wie das Niebuhrhochaus bedroht und die Mieter_innen wehren sich gegen Verdrängung und Aufwertung in St. Pauli.
In der Clemens-Schulz-Str. wurde dies aufgegriffen und dankbarerweise das SPD-Stadtteilbüro von Stadtentwicklungsexperte Andy Grote demoliert und mit blauer Farbe beworfen. Die Stimmung auf der Demo war gut allerdings meistens nicht geprägt von Parolen oder rufenden Menschen. Dies wurde durch die schwungvolle Moderation auf den Lautsprecherwagen teilweise wieder wettgemacht. Menschen aus den umliegenden Cafes in der Paul-Roosen-Str. schlossen sich teilweise der Demonstration an, andere winkten von ihren Wohnungen zu oder stellten Lautsprecher ans Fenster.

Spalier und Polizeiübergriffe

Kurz vor der Thadenstraße zog ein massives Polizeispalier auf, um den autonomen Block zu begleiten. Dieser Versuch wurde von Leuten, die sich den Einstazkräften mit Transparenten in den Weg stellten und das Spalier damit blockierten, erstmal unterbunden und die Demo setzte ihren Weg ohne Spalier fort. Nach einiger Zeit reagierten die eingesetzten Beamten mit einem ersten heftigen Angriff auf die Demo, welche sich daraufhin erstmal verkeilte. Die Demonstration verhielt sich solidarisch, stoppte und forderte den sofortigen Abzug des Spaliers. Per Stop and Go ging es schließlich Richtung Holstenstraße, immer wieder folgten Schläge, Fußtritte und Pfeffersprayeinsätze, gegen die sich schließlich auch vereinzelt mit Stöcken und Flaschen gewehrt wurde. Durch die Übergriffe der Polizei gab es zahlreiche Verletzte und Blessuren bei Teilnehmer_innen der Demonstration.

Vor dem Hausprojekt Chemnitzstraße, das mit Transparenten geschmückt war und aus dem Leute Konfetti und Luftballons aus dem Fenster warfen, ging das Spalier nach Berichten in ganzer Breite gegen Demonstrierende vor. Mehrere Verletzte benötigten anschließend eine Augenspülung. Auch im weiteren Verlauf in der großen Bergstraße kam es zu weiteren Übergriffen der Polizei. Die Demonstration bewegte sich durch die permanente Eskalation der begleitenden Polizeiräfte am Rande einer vor-

zeitigen Auflösung, um die Sicherheit der Teilnehmer_innen noch gewährleisten zu können. Auf der breiteren Max-Brauer-Allee beruhigte sich die Situation wieder.

Abzug des Spaliers und Abschlusskundgebung

An der Lobuschstraße begrüßten Bewohner_innen die Demo ebenfalls mit Transparenten und bewarben eine Demo gegen den §129a am S-Bahnhof Sternschanze. An der Klausstraße verkündete eine Banderole "Letztes Hausprojekt vor Demoende". Bevor es in das wieder enger werdende Straßengewirr in Ottensen ging, zahlte sich die Beharrlichkeit schließlich aus und das Polizeispalier zog von der Demonstration ab. Gutgelaunt und ohne weitere Probleme ging es weiter zur Abschlußkundgebung auf dem Alma Wartenburgplatz, der von Bengalos erleuchtet und mit sackweise Konfetti von zwei Dächern beregnet wurde. Zum Abschluss gab es eine kleine Schlacht mit roten Plastikbällen, die durch die Menge flogen. Sah schön aus und bildete einen runden Abschluß einer gelungenen Demonstration, die jedoch für viele Beteiligte kein Spaziergang war. Kleinere Reibereien auf dem Weg zum Bahnhof Altona blieben außer einer Flasche, die auf eine rumätzende Gruppe BFE geworfen wurde, weitgehend folgenlos.

Fazit

Die Demo war ein gelungener Auftakt der Kampange gegen Mietenwahnsinn und zur Vergesellschaftung von Wohnraum. Das Verhalten war angesichts der Polizeiübergriffe solidarisch und die Demonstration hat sich nicht spalten lassen. Das Spalier verhielt sich äußerst agressiv und diente offensichtlich in erster Linie dem Zweck, die Situation zu eskalieren. Es war trotz der Angriffe und Verletzten richtig, sich nicht einschüchtern zu lassen und die Demo bis zum Ende durchzusetzen. Die meisten Passant_innen waren aufgeschlossen, interessiert und begrüssten den Demozug. Auch die Berichterstattung brachte viele inhaltliche Punkte rüber.
Den Minuspunkt bildete vor allem der Mieterverein zu Hamburg, der sich über ZDF von der Demonstration distanzierte, da die Forderung Wohnraum zu vergesellschaften zu weit ginge, der Mietenspiegel richtig und kein Instrument steigender Mieten sei und Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau erfolgreiche Politik betreiben würde. Mag sein, dass der Mieterverein sinnvolle Beratung bei betroffenen Mieter_innen leistet, politisch hat er sich damit allerdings endgültig disqualifiziert und zum Glück gibt es bessere Alternativen, wie Mieter helfen Mietern.

Mietenspiegel abschaffen

Die nächsten Termine stehen bereits fest. In den Medien wurde angekündigt, dass der Mietenspiegel bereits kommende Woche veröffentlicht werden soll. Am Tag nach der Veröffentlichung wird von Mietenwahnsinn stoppen für 17h zu einer Kundgebung vor die SAGA/GWG-Zentrale geworben.

Zomia verteidigen

Am 5.11. wird es eine Zomia Solidaritätsdemo geben und der Widerstand gegen eine mögliche Räumung verbreitert. Ab 3.11. könnte der Platz geräumt werden und alle sind aufgerufen, sich für dessen Erhalt einzusetzen.

Aktionstag "Access all areas"

Am Samstag, den 17. Dezember gibt es schließlich den Aktionstag "Access all areas" gegen Gentrifizierung und kapitalitische Stadtentwicklung. Dieser soll ein regionales und internationales Ereignis schaffen, das überall dort seinen Ort hat, wo es Initiativen, Projekte und Gruppen gegen die herrschende Stadtentwicklung gibt, die sich solidarisch auf besetzte Projekte wie die Rote Flora beziehen.

Im Aufruf wird formuliert: "Die Städte, die Häuser, die Dinge und Ideen werden im Kapitalismus zu Waren gemacht. Für uns sind sie Teil eines Gemeinsamen, welches durch uns alle geschaffen worden ist und folglich auch allen zusteht. Das Ziel emanzipatorischer Aneignung ist nicht individuelle Bereicherung, sondern Enteignung zur kollektiven Umverteilung – und damit die Aneignung eines Lebens jenseits von Normen, Zwängen und dem Elend der Lohnarbeit. Diese Auseinandersetzungen finden in den Metropolen ebenso wie in der Peripherie und ländlichen Räumen statt. Der Aktionstag soll Ausdruck, Kristallisationspunkt und Vernetzung dieser lokalen und doch grenzüberschreitenden Kämpfe sein."

Als mögliche Anknüpfungspunkte unter anderem genannt: "Die Aneignung und Verteidigung selbstbestimmter Projekte und die Vergesellschaftung umkämpfter Räume. Der Protest gegen Gentrifizierung und neoliberale Privatisierung, gegen Repression und die Vertreibung unerwünschter Bevölkerungsgruppen, gegen rassistische Polizeikontrollen und Abschiebungen."

Wohnraum vergesellschaften



Zomia bleibt – Wagenplatzräumung am Tag X verhindern!

Der Wagenplatz Zomia in Hamburg-Wilhelmsburg hat am 18.10.2011 eine Räumungsanordnung erhalten. Frist: 3.11. – mit sofortiger Vollziehbarkeit. Das Datum einer geplanten Räumung ist unklar, Fakt ist, AB 4.11. darf Schreiber jederzeit "abräumen".
Der Antrag auf Einrichtung eines Wagenplatzes wurde am 14.10. mit dünnster Begründung abgelehnt. Es gibt keine Sachargumente gegen die aktuelle Fläche in Wilhelmsburg, es gibt keine real möglichen Alternativen. Seit einem Jahr gibt es keine Konstruktivitäten. Der Bezirk schillert mit Räumungsanordnungen und repressiver Prolligkeit: „Bis Ende November ist Zomia Geschichte!". Bürgerschaft, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Bürgermeister-Staatsräte produzieren seit einem Jahr Verwaltungsakte und Ausschusssitzungen und glänzen mit Zurückhaltung. Ergebnis unterm Strich: keins. Markus Schreiber darf weiter aufräumen.
Wir haben genug. Wir lassen uns nicht einfach wegräumen! Wir wollen in Hamburg leben und im Wagen leben. Und wir lassen uns nicht aus der Stadt vertreiben. Wir werden es nicht akzeptieren, dass es in der Stadt Hamburg keinen Platz für uns geben soll. Hamburg muss sich jetzt entscheiden, ob es ein weiteres Mal mit repressiver Law-and-Order-Politik gegen Wagenplätze vorgehen will und Markus Schreibers Feldzug der Verwertung und Vertreibung den Weg ebnen will. Viele unterschiedliche Brandherde des Protests gegen kapitalistische Stadtentwicklung, Aufwertung und Vertreibung in Hamburg zeigen, dass das Fass schon übergelaufen ist.
Vor einem Jahr ist die Wagengruppe Zomia (20.11.2010) mit der offenen Besetzung eines Platzes in Wilhelmsburg angetreten um nach fast 10 Jahren auf die unveränderte Lage hinzuweisen: Menschen in Hamburg wollen gerne offen kollektiv im Wagen wohnen. Nach der Räumung der Wagenplätze Hellgrundweg (2000), Schützenstraße (2002), Paciusweg (2002), Bambule (4.11.2002), Wendebecken (2004), Parkplatz Braun und auf mindestens 18 Plätzen der Wagengruppe Dosengarten (2000) unter der Führung von Ronald Schill / Ole von Beust und auch dort bereits Markus Schreiber klafft noch immer eine tiefe Lücke. „Aus für alle Bauwagen" war damals das Motto der Rechtspopulisten für die nächsten Jahre. „Wir ziehen diese Sache jetzt durch", lässt sich Markus Schreiber im Oktober 2011 zitieren, und: „Wenn nichts Unvorhersehbares geschieht, dann ist der Zomia-Bauwagenplatz Ende November Geschichte".
Seit Schill nix gelernt? Na dann!
Lassen wir das Unvorhergesehene geschehen!
Zomia bleibt. Es reicht.
Wir fordern die sofortige Rücknahme der Räumungsanordnung!
Wir fordern Olaf Scholz, Jutta Blankau als Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt und die hamburgische Bürgerschaft dazu auf, öffentlich Position zu beziehen für eine tolerante Stadt, für Wagenplätze und gegen Markus Schreibers Feldzug der Vertreibung.
Wir fordern nach den Handlungen der letzten Jahren und Monate von der Bezirksversammlung Mitte die Abwahl von Markus Schreiber als Bezirksamtsleiter.
Ziel ist einen weiteren Wagenplatz in Hamburg zu erkämpfen und Markus Schreiber als Bezirksamtsleiter als nicht mehr tragbar abzulösen. Zuerst geht es darum, die Umsetzung der Räumungsverfügung im Vorfeld zu verhindern. Der Wagenplatz Zomia steht nicht alleine. Wir begrüßen die Zeichen der Solidarität an vielen verschiedenen Stellen in Hamburg, nicht nur als als Zeichen für Wagenplätze in Hamburg, sondern auch gegen Vertreibung, Repression und sinnlose Zerstörung als Mittel der Stadtentwicklung! Ein Zeichen dafür, dass eine Wagenplatzräumung in Hamburg nicht einfach so zu machen ist. Markus Schreiber hat schon lange das Fass zum überlaufen gebracht und auch die angekündigte Räumung des Wagenplatzes schafft Wut und Entschlossenheit zu sagen: Es reicht! Im Vorfeld, für den Tag X und für die von Zomia angekündigte Aktionswoche sind schon jetzt dezentrale eigenständige Aktionen angekündigt worden: Finger weg von Zomia. Die Stadt ist kein Schreibergarten.
Wir rufen auf:
Am Tag X (Räumung): Demonstration
Ab Tag X: Aktionswoche! Zomia durchsetzen, Schreiber abschreiben, Wagenplätze verteidigen!
Werdet kreativ! Für selbstbestimmtes Leben, für Wagenplätze, für Stadtentwicklung von unten!
Tragt euch ein in unseren Notfall-SMS-Verteiler für Infos zu Aktionen und Räumungsbedrohung:
zum Anmelden schicke eine SMS mit "zomia go" an die Nummer 0177 / 4917162. Zum Abmelden eine SMS mit "zomia bye" an die gleiche Nummer. Du bekommst jeweils eine Bestätigung. Sobald wir die Liste nicht mehr benötigen, werden wie sie auflösen und deine Nummer wieder löschen.



Zur Räumung veröffentlichte Karte auf indymedia



Erklärung autonomer Gruppen aus Hamburg zur aktuellen Situation des Wagenplatzes Zomia

Es reicht! Dem Bezirksamt Mitte liegt offensichtlich nichts an einer deeskalativen Lösung des Konfliktes um den Wagenplatz Zomia. Die erneute Räumungsanordnung, diesmal datiert auf den 4. November, ist nicht nur ein weiterer Angriff von Markus Schreiber auf all diejenigen, die für sich dafür entschieden haben, der kapitalistischen Verwertungslogik zu entfliehen. Auf den Tag genau 9 Jahre nach der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule ist das der berühmte Tropfen, der das Fass zum überlaufen bringen wird!
Wir fordern die sofortige Abberufung von Markus Schreiber!
Zu oft hat sich Markus Schreiber versucht als law&order Politiker in Szene zu setzen, zu oft hat er damit schon Existenzen zerstört. Zu oft ist er weit über seine Kompetenzen als Verwalter des Bezirks hinaus gegangen, zu oft hat er schon gegen die darin lebenden Menschen gehandelt. Zu deutlich führt Markus Schreiber einen persönlichen Feldzug gegen alternative Lebensformen!
Eure Luft wird brennen, wenn ihr uns nicht atmen lasst!
Bisher waren militante Aktionen in Bezug auf Zomia eher selten zu beobachten. Dies lag auch daran, dass die militante Szene aus Respekt gegenüber den laufenden Verhandlungen im Stadtentwicklungsausschuss diesem Zeit für eine rechtstaatliche Genehmigung des Wagenplatzes geben wollte.
Augenscheinlich war dies ein Fehler. Vielleicht hatte der Bezirk Mitte nie vor, eine Verhandlung auf der Sachebene zu führen, vielleicht wollte der Senat noch nie eine friedliche Lösung. Vielleicht zeigt die Geschichte von Zomia ein Mal mehr, dass wir mit Vertreter_innen der herrschenden Logik nicht zusammen arbeiten können. Klar aber ist eins: wir werden nun eine andere Gangart einlegen.
Am Tag X der Räumung werden wir die Polizei mit allen Mitteln bekämpfen. Sie werden nicht auf den Platz kommen. Sie werden sich nicht frei im Viertel bewegen können. Sie werden sich wünschen, diesen Einsatz nie angetreten zu haben! Wir haben die Hinterhöfe, wir haben die Dächer, wir haben die Schleichwege. Und im Gegensatz zur Schanze waren sie noch nie hier. Möglicherweise werden auch so einer militärischen Konfrontation auf Dauer nicht standhalten. Aber wir werden die Räumung lange genug verhindern, bis sie politisch nicht mehr tragbar ist!
So gut unsere Chancen auch stehen mögen, wir werden das nicht alleine schaffen. Wir brauchen eure Hilfe. Bildet Bezugsgruppen. Schaut euch im Viertel um. Organisiert euch für die heiße Phase Schlafplätze in Wilhelmsburg. Geht in Baumärkte. Geht in Tankstellen. Werdet kreativ.

Wir rufen dazu auf, dem Bezirksamt Mitte in offener Feindschaft gegenüber zu stehen. Wir werden – sofern Schreiber seine eskalative Strategie fortsetzt – militante Aktionen durchführen, die Hamburg aufrütteln werden. Im Falle einer Räumung werden wir dafür sorgen, dass diese Stadt still steht. Wir werden unbeteiligte Menschen dabei weder verletzen noch gefährden. Herr Scholz wird sich fragen lassen müssen, ob ihm eine geräumte Brachfläche mehrere Millionen Euro Sachschaden Wert waren.
Ihr bestimmt die Zeit und holt die Polizei, aber wir bestimmen den Preis –

ZOMIA BLEIBT

erklärung autonomer gruppen aus schleswig-holstein zur bevorstehenden räumung des wagenplatzes zomia

ihr legt es drauf an, gut, da können wir mithalten. bambule, wendebecken...so viele und jetzt zomia. mensch sollte meinen aus fehlern lernen zu können doch das scheint ein irrtum innerhalb der hamburger politik. am 4. november soll der wagenplatz zomia geräumt werden, autonome gruppen aus hamburg kündigen widerstand an und wir solidarisieren uns mit dem widerstand in hamburg. wenn es zu einer räumung kommt werden sie bezahlen. jede zerstörung linken freiraumes soll ihnen millionen kosten. im falle der räumung rufen wir schleswig-holstein weit zu militanten aktionen auf, lasst sie spüren das jede räumung seinen preis hat. die zeit vieler und großer reden ist vorbei, zu oft haben wir gewarnt und appeliert und uns ist zum kotzen übel. es kann nicht sein das wir zusehen wie unsere kultur, unsere häuser und plätze zerstört werden für ein paar abartige beton und glaskästen die bis in den himmel reichen.
wir enden mit den worten der hamburger genossen:

ihr bestimmt die zeit und holt die polizei
...aber wir bestimmen den preis

linke räume verteidigen!

Den Widerstand in die City tragen! Zur bevorstehenden Räumung von Zomia

Wir finden gut, dass sich viele Leute und autonome Gruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein mit der Verteidigung des Wagenplatzes Zomia beschäftigen. Die Zuspitzung auf umfassende Riots in Wilhelmsburg sehen wir allerdings kritisch.
Im Text autonomer Gruppen aus Hamburg wird unserer Wahrnehmung nach zudem vermittelt es gehe um eine direkte militante Verteidigung des Wagenplatzes vor Ort am Tag der Räumung. Nach unserem Informationsstand gibt es bisher hierzu jedoch kein fertiges Konzept von Zomia. Eine militante Verteidigung des Platzes gegen Bullen die auf den Platz wollen muss nach unserer Sicht jedoch von der Wagengruppe selbst formuliert werden, sofern sie als gemeinsamer Widerstand Erfolg haben soll. Dies spricht nicht gegen solidarische Aktionen oder Barrikaden an Zufahrtsstraßen, ist womöglich aber auch ohnehin so gemeint und lediglich missverständlich formuliert.
Militante und andere Aktionen sind für uns kein Widerspruch und wir wünschen allen ein erfolgreiches Händchen und wirkungsvolles agieren. Grundsätzlich teilen wir aber auch Positionen aus der Wagengruppe, dass es nicht darum geht im großen Stil den Stadtteil Wilhelmsburg zu zerlegen. Nicht Wilhelmsburg als Ort, sondern der Bezirk Mitte, Markus Schreiber, der SPD-Senat und Olaf Scholz sind die Verantwortlichen für eine Räumung.

Besser finden wir daher, wenn die Auseinandersetzungen, wie nach der Räumung des Wagenplatzes Bambule, als Protest in die City und die gesamte Stadt getragen werden. Weihnachten steht schließlich vor der Tür und der Trubel in der Innenstadt verspricht eine gute Kulisse für autonome Mobilisierungen. Zomia bleibt – AZ Altona kommt – die stille Nacht fällt aus!

einige autonome

Dokumentation

„In Erwägung das da Häuser stehen während ihr uns ohne Bleibe lasst haben wir beschlossen jetzt dort einzuziehen weil es uns in unseren Löchern nicht mehr passt" (der Resolution der Kommunard_innen entnommen)
Zugegeben, das ist noch süße Zukunftsmusik, aber erste (Auf-)Takte sind schon zu vernehmen; wir haben uns auf den Weg gemacht. An vielen Punkten zeigt sich Widerstand gegen die kapitalistische Stadt, gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn; für die Aneignung der Plätze, Straßen und Häuser, um sich ein besseres Leben zu organisieren oder zumindest sich nicht unwidersprochen wegjagen zu lassen. Wir haben die Wochen vor der Demonstration genutzt, um an einigen Adressen von Verantwortlichen für Gentrifizierung und Mietenterror unsere Wut auszudrücken:

10.10. Wilhelm-Bock-Weg 265
Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Aufsichtsratsvorsitzende der SAGA/GWG Blankau, Dienst Mercedes und Haustür mit Farbe u.a. demoliert.
20.10. Klopstockstr. 23
Architekturbüro Dinse, Feest, Zurl zuständig für die Pläne von IKEA in Altona; Farbe und Steine gegen Fenster und Fassade.
24.10. Walsroder Ring 37c
Heinrich Stüven, Vorsitzender des Hamburger Haus- und Grundeigentümerverbandes, PKW bzw. Reihenhaus demoliert mit Farbe u.a.
26.10. Schlüterstraße,
Parkplatz der Hamburger Niederlassung STRABAG, „Bauherr" der tanzenden Türme auf St. Pauli und mit der Glasfassade der Elbphilharmonie betraut; flambierte Fahrzeuge.
26.10. Elbberg
Büro Bothe, Richter, Teherani, Architekten der tanzenden Türme und u.a. des Polizeipräsidiums, Europapassage, Docklands; Farbe und Steine gegen die Fassade.

Mietenspiegel

Im November wird's in Hamburg ein neuer Mietenspiegel erscheinen. Mieter_innenvereine richten bereits jetzt zusätzliche Beratungstermine ein, da erhebliche Mietpreissteigerungen vorprogrammiert sind. Im begehrten Altbausegment werden Steigerungen von 6-8% erwartet. Lediglich Mieten, die sich in den vergangenen Jahren verändert haben (also in der Regel erhöht wurden) oder Neuvermietungen auf höherem Niveau fließen in die Berechnung ein. Mietpreisgedeckelte oder unveränderte Mieten werden nicht berücksichtigt. Weitere Erhöhungen des Mietenspiegels werden generiert. Durch Aufwertung des Gebietsstatus oder der Wohnlage z.B. durch Konzernansiedlungen wie IKEA oder Vorzeigeprojekte wie den „tanzenden Türmen". Die Ankündigung der Ansiedlung von IKEA hat in Altona erste Goldgräberstimmungen ausgelöst. Wohnungs- und Ladenmieten wurden erhöht, z.T. explizit mit Hinweis auf die Aufwertung der Wohnlage durch IKEA. Die 180 Millionen Euro teuren „tanzenden Türme" sollen durch ihre extravagante Optik ein neues Wahrzeichen für St. Pauli sein. 2012 ziehen dort u.a. die Hamburger Zentrale des Baukonzerns STRABAG, ein Luxushotel und eine hippe Dachlocation mit Weitblick für die Reichen und Schönen ein. In den Untergeschossen wird der Mojo Club in noch coolerer Aufmachung seine Tore öffnen.

SAGA/GWG

Kurze Zeit nach der Veröffentlichung des letzten Mietenspiegels hatten 23.000 SAGA/GWG Wohnungen Mietpreiserhöhungen in der Post. Mietpreiserhöhungen, die auch im neuen Mietenspiegel preistreibend wirken werden. Die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA/GWG verfügt über einen Bestand von 130.000 Wohnungen und ist mitverantwortlich für die beschissenen Situation auf dem Wohnungsmarkt in Hamburg. Die durchschnittlichen Mieten bei SAGA/GWG-Wohnungen steigen schneller als bei vergleichbaren Wohnungen auf dem Markt und seit 2000 hat die SAGA/GWG 4000 ihrer Wohnungen verkauft. Jedes Jahr fallen tausenden Wohnungen aus der „Sozialbindung" heraus, in den vergangenen 10 Jahren fast 30.000 obwohl die SAGA/GWG jährlich nahezu 100 Millionen Euro Gewinn einfährt, wird dieses Geld nicht in den Bau neuer Sozialwohnungen investiert. Stattdessen fließen Unsummen in die Finanzierung u.a. der Elbphilharmonie und anderer Projekte in der Hafencity. 2010 wurde keine einzige Sozialwohnung fertig gestellt und 2011 ganze 41! Das soll sich ändern, denn der Hamburger Senat und Bürgermeister Scholz haben großes vor.

Big City und Vertrag für Hamburg

Damit Hamburg im Wettstreit der großen Metropolen mitspielen kann, soll eine Identität als „Big City" entwickelt werden. Für diese prosperierenden Big City Hamburg muss die Regierung das Kernproblem der Wohnungsnot angehen und den sich an diesem Thema formierenden Unmut der Bevölkerung befrieden. Im Juli wurde zwischen Senat und Bezirken ein „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau" beschlossen. In diesem Zusammenhang sprach Bürgermeister Scholz zum ersten Mal – im Gegensatz zur Senatorin Blankau – von Wohnungsnot. 6000 Wohnungen sollen jährlich nun neu gebaut werden, davon 2000 öffentlich gefördert für Haushalte mit mittleren oder geringen Einkommen. Lediglich die Realisierung von 1000 Wohnungen des sogenannten ersten Förderwegs mit Nettokalt-Mieten von 5,80 Euro/m^2 sind angedacht. Die städtische SAGA/GWG wurde verpflichtet ihr Plansoll auf 1000 Wohnungen pro Jahr zu steigern. Senats- und Bezirksvertreter_innen sprachen von Meilenstein und Quantensprung. Mieter_innenorganisationen dagegen halten sowohl die angestrebte Zahl der zu bauenden Wohnungen als auch die geringe Anzahl von Sozialwohnungen als völlig unzureichend. Es liegt auf der Hand, dass die fehlenden zehntausenden Wohnungen, v.a. Wohnungen für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen, durch die Senatspläne nicht geschaffen werden. Da hilft auch das im September 2011 ins Leben gerufene „Bündnis für das Wohnen" zwischen Senat und Wohnungswirtschaft nicht weiter. Erneut wurde die Planungsgröße von 6000 Wohnungen angepeilt. Ansonsten gab es außer vagen Absichtserklärungen, schönen Worten und heißer Luft nichts Greifbares. Exemplarisch für die Verarsche durch den Senat kann die Planung für die sogenannte „Neue Mitte Altona" gesehen werden. Auf der größeren Brachfläche, über die der Senat neben der Hafencityfläche verfügt, sollen perspektivisch 10.000 Menschen wohnen. Nur ein Drittel der Wohnungen des ersten Bauabschnittes sollen sozial gefördert werden. Hiervon nur die Hälfte nach dem ersten Förderungsweg zu 5,89 Euro/M^2. Seltene Vögel

„Hamburg hat Platz für viele seltene Vögel"

(Kultursenatorin Kisseler während der Vertragsunterzeichnung im Gängeviertel)
Der Senat versucht uns nicht nur mit tollen Wohnungsbauprogrammen und – Bündnissen Sand in die Augen zu streuen. Versiert in Vereinnahmungs- und Befriedungspraktiken macht die SPD natürlich auch Zugeständnisse. Das Gängeviertel wird für 20 Millionen Euro saniert und der Genossenschaft Mitsprache über die Zukunft des Projektes eingeräumt. Die aus dem Frappantgebäude vertriebenen Künstler_innen dürfen auf eine langfristige Lösung in der bisher nur als Interimsangebot bezeichneten ehemaligen Viktoriakaserne hoffen. In der alten Rinderschlachthalle entsteht erst mal keine Music-hall. Das ehemalige Finanzamt in Altona wird erst mal nicht verkauft sondern mit Sozialberatungsstellen du Startups aus der Kreativwirtschaft gefüllt. Der menschenverachtende Zaun, welcher

unter der Kersten-Miles-Brücke gegen Obdachlose errichtet worden war, ist als Imageschädigung der Marke Hamburg schleunigst wieder abgerissen worden. Um nicht falsch verstanden zu werden: diese Zugeständnisse wurden großenteils erkämpft und stellen Ergebnisse konkreter Auseinandersetzungen dar. Aber es gibt eine klare Linie, die nicht überschritten wird. Bei allem Verständnis, welches das ach so weltoffene und tolerante Hamburg ab und zu für seine Künstler_Innen, Obdachlosen, Wohnungssuchende etc. aufbringt, an den Besitzverhältnissen und daran, dass Wohnungen als Ware gehandelt werden, darf nicht gerüttelt werden. Nach wie vor besteht die Regelung, dass besetzte Häuser spätestens 24 Stunden nach Anzeige geräumt werden. Nach wie vor stehen 100te Wohnungen und über ein Million Quadratmeter Büroraum leer. Nach wie vor leben Hamburgs Reiche in den Elbvororten, an der Alster und den Waldörfern in Saus und Braus. Und wenn Bürgermeister Scholz über die Großstadtvisionen von Harvard-Stadtökonomen und einer Nachverdichtung in die Höhe philosophiert, sollten wir an der Potenzierung unseres Widerstandes arbeiten und über die Aneignung bzw. Enteignung an der Elbchaussee, Bellevue und dem Harvestehuder Weg nachdenken. Über Nacht wäre das Problem der Wohnungsnot gelöst.

Uns gehört die Stadt und wir werden dem Senat, in dem ein Soldat Innensenator, ein Zwangsarbeitsspezialist und ehemaliger Staatssekretär des Bundesarbeitsministeriums Sozialsenator, ein ehemaliger Chef der Industrie- und Handelskammer Wirtschaftssenator und ein Brechmittelbefürworter Bürgermeister ist, nicht für 5 Cent Freundlichkeit, bzw. wirkliches Interesse an der Lösung der Wohnungsnot abnehmen.

Mietenwahnsinn stoppen
Wohnraum vergesellschaften
Rote Flora und Zomia bleiben

Solidarität, aber bitte ohne Sexismus – Gedanken zur Occupy-Bewegung

Ich muss ja gestehen, dass mein Herz ein wenig aufging, als die Occupy Wall Street Proteste in den USA losgingen. Ich schaute mir herzzerreißende Videos an, die Massen an Menschen zeigten, die in einem gemeinsamen Protest die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Missstände anprangerten: Die Hinrichtung von Troy Davis, die exemplarisch für das rassistische Justizsystems der USA steht; die Kriege, in denen die USA verstrickt sind; eine banken- und wirtschaftsfreundliche Politik; ein Kapitalismus, der nie allen Menschen nützen kann; die Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden etc. Die simple Botschaft: "Wir sind die 99% und nehmen die 'Gier' der 1% nicht mehr hin". Nun ja, extrem verkürzt und populistisch, aber: eine Botschaft muss einfach verdaulich sein, höre ich ja immer wieder.

Doch als ich mich durch die Solidaritätsbekundungen der Demonstrierenden klickte, die in Video- oder Fotoform durch das Internet schwirren, kamen die ersten Zweifel auf: Wer ist das eigentlich genau, diese 99%? Was fordern sie denn? In Hinblick auf die deutsche Occupy Wallstreet Bewegung fasst Nadia mein ungutes Gefühl auf Philibuster zusammen:

"Mir persönlich fehlt der Inhalt, die Positionierung, der theoretische oder zumindest der intellektuelle Überbau".

Auch auf Stop! Talking gibt es einen sehr lesenswerten Artikel, der mein Unbehagen gut zusammenfasst. Darin beschreibt accalmie die möglichen Probleme, die auftreten können, wenn eine Bewegung so "offen" und vermeintlich inklusiv organisiert ist, wie dies bei Occupy-deine-Stadt der Fall ist: Wenn alle angesprochen werden sollen und der einzige gemeinsame Nenner die Wut auf die "1%" sein soll, klingt das selbstverständlich wie ein Protest für alle. In der Theorie ist das toll, aber für die Praxis heisst das: Dann müssen auch gewisse Standards (z.B. ein anti-sexistischer Anspruch) verankert sein, um gesamtgesellschaftlichen sexistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Interessiert, was die deutsche Occupy-Bewegung so macht, klickte ich mich also durch die Occupy-Germany Seite und fand auch flugs den Hinweis, dass es "keine Hierarchien" in der Bewegung gäbe. Meine Alarmglocken glühten dunkelrot, denn eine Bewegung, die gesellschaftliche Missstände anprangert und von nicht-existenten Hierarchien schwafelt, offenbart leider, dass sie keine gesellschaftliche Analyse hat. Ich kenne keine Gruppe, keine Vereinigung, keine Bewegung, die frei von Hierarchien ist, denn diese sind gesellschaftlich verankert, formen unser Handeln, bestimmen unsere Sprechposition. Auch bekleckert sich die Occupy-Bewegung nicht mit Ruhm, wenn sie eigentlich nur die männliche Form kennt, Frauen aber auf einmal doch auftauchen: "Wir sind Wissenschaftler, Politiker, Studenten, Schüler und Hausfrauen."

Puh. Als Feministin schlackern mir da gewaltig die Ohren. Die Hausfrau am Ende der Aufzählung zeigt erst, wie wenig das Paradigma "In der männlichen Form sind doch alle mitgemeint!" zutrifft. Und bevor ich jetzt die ersten "Spalterinnen!"-Rufe höre von Menschen, die genervt davon sind, dass Feminist_innen linke Bewegungen auf ihr feministisches Potential abklopfen, stelle ich mal die rhetorische Frage: Sollten feministische Ziele nicht selbstverständlich Teil linker Kämpfe sein? Wenn ich einen Blick in die USA werfe, werde ich auch nicht gerade optimistischer: Jill von Feministe stolperte zum Beispiel über den tumblr-Blog von Steven Greenstreet (der übrigens auch ab und zu mal Vergewaltigungswitze vom Stapel lässt) mit dem wahnsinnig originellen Namen Hot Chicks of Occupy Wall Street (etwa: "Heiße Hühner bei Occupy Wall Street"), inklusive Untertitel: "Die sexy Seite des Protestes gegen Korruption". Ein Video und mehrere Fotos von normschönen Frauen (mit deren Einwilligung?) schmücken seinen tumblr. Einen Frauenmangel in der Bewegung gibt es also eher nicht und – wie Greenstreet uns auch noch wissen lässt – sind darunter sogar noch eine Menge hübscher Miezen! Was diese Webseite so schön zeigt: Es wird implizit davon ausgegangen, dass die potentiellen (und die anzusprechenden) Demonstrierenden männlich und heterosexuell sind, welche nur durch ein paar Fotos mit norm-schönen Mädels animiert werden müssen, um endlich protestieren zu gehen. Denn: Protestieren ist gar nicht so öde, kalt, langwierig. Ein hübsches Mädchen wird das Herz des Demonstrierenden schon erwärmen. Demonstrantinnen, die ihre politischen Gründe haben, an den Protesten teilzunehmen, werden degradiert zu Objekten der männlichen Begierde. Klug, politisch und glücklicherweise auch noch hübsch – was für eine sexy Bewegung!

Eine weitere Nachricht aus der Abteilung 'echte Sauerei' las ich vor ein paar Tagen über den Occupy Cleveland Protest. Eine Frau meldete, dass sie von einem Mann in einem der Zelte des Occupy Lagers vergewaltigt wurde. Die ersten unglaublichen Reaktionen: "Wird das der Bewegung schaden?" und: "Wurde diese Frau von Gegner_innen der Bewegung eingeschleust?" Boah, wirklich?! Bevor irgendwelche Fakten feststehen, wird die Glaubhaftigkeit der Frau erst mal generell in Frage gestellt? Es zeigt sich: Ein Vergewaltigungsvorwurf wird von den interviewten Demonstrierenden nicht als ein zu untersuchendes Problem deklariert, sondern als Spaltungsversuch gedeutet. Traurig, aber wahr.

Um ehrlich zu sein, habe ich noch keine ausformulierte Meinung, was die Proteste angeht. Viele Geschichten, die ich höre oder lese, hinterlassen ein ungutes Gefühl und Widersprüchlichkeiten, die sich nicht so leicht auflösen lassen. So ganz abschreiben kann ich die Bewegung trotzdem nicht, zumindest nicht, wenn ich so tolle Reden wie die von Angela Davis höre.

Magda

Nachtrag zum Antikriegstag: Angriff gegen Rolls-Royce

COMPREHENSIVE RESISTANCE - WAR STARTS HERE!

- Talokan im Norden von Afghanistan: Bundeswehrsoldaten schießen mit Sicherheitskräften auf eine Demo, ca 20 Menschen sterben.
- Kundus: vor 2 Jahren, Bombardierung von 2 gestohlenen Tanklastwagen, 142 Tote. Das sind nur einzelne Beispiele, die kurzfristig die Öffentlichkeit mehr oder weniger erregen. Fakt ist: Deutschland führt Krieg. Die Bundesrepublik ist zurzeit mit ca. 8000 Soldat*innen an 8 Kriegseinsätzen beteiligt.

Seit dem Krieg im Kosovo wird die Bundeswehr (BW) weltweit als Kampftruppe eingesetzt. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht am 1. Juli 2011 und der Einführung einer Freiwilligenarmee wird diese Entwicklung nun strukturell manifestiert. Dabei handelt es sich um die größte Umstrukturierung seit der Gründung der BW im Jahr 1955. Zukünftig werden nur noch Spezialist*innen gebraucht, die auch wirklich kämpfen und Deutschland dienen wollen. Und so heißt dann auch der Slogan, mit dem die Bundeswehr versucht, für sich zu werben: "Wir dienen Deutschland".

Die Propagandaoffensive mit der die Bundeswehr den Kampf um die Köpfe - und nebenbei auch die Zustimmung der Bevölkerung zu ihren weltweiten Einsätzen - gewinnen will, hat an Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten, bei Gelöbnissen und medial aufbereiteten Trauergottesdiensten schon begonnen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Propaganda in den kommenden Monaten seitens der Militarist*innen noch intensiviert wird und ähnlich wie in den 1990er Jahren wieder großflächige Plakate und Zeitungsanzeigen von dem "Abenteuer Militär" berichten werden. Dass Krieg führen auch Tod, Mord, Unterdrückung und Vergewaltigung bedeutet, wird in diesen Anzeigen wohl ausgespart bleiben.

Und somit kann offen von "Krieg" geredet werden, ohne dass irgendwer daran Anstoß nimmt, als hätte es den Nationalsozialismus und die kriegerische Agression Deutschlands nicht gegeben. Die Lehren aus der Vergangenheit wurden nie ernsthaft gezogen und schon 1955 verdrängt, als ausgerechnet die alten Wehrmachtsgeneräle die damals als "neue Wehrmacht" bezeichnete "Bundeswehr" wieder aufbauen durften. Mittlerweile rechtfertigt Deutschland den Krieg darüber hinaus mit seiner grauenhaften Geschichte und führt "wegen Auschwitz" Krieg. Die vorgegaukelte Reue ist nurmehr ein ärgerliches Überbleibsel aus einer längst überwundenen Zeit, die auf dem Weg zum vollwertigen "Globalplayer" nur stört.

Wie die Interessen tatsächlich liegen, veranschaulicht auch der Entwurf für den Bundeshaushalt 2012. Während die Bereiche Arbeit, Soziales und Gesundheit insgesamt um 11,8 % gekürzt werden, bleibt der Bereich Verteidigung auf stabilen Niveau und wird sogar um 0,4 % erhöht. Es soll gespart werden, allerdings nicht am Militär! Es liegt im geo- und wirtschaftspolitischen Interesse Deutschlands, dem deutschen Kapital den Zugriff auf Rohstoffquellen und Exportmärkte zu garantieren. Und zwar auch dem Markt für Kriegsgüter: Mit einem Anteil am Waffenexport von derzeit 10,6% ist Deutschland auch der weltweit drittgrößte Rüstungsexporteur. Die derzeitige Aufregung um die 200 Leopardenkampfpanzer, die nach Saudi-Arabien geliefert werden sollen, mutet in Hinblick auf das Ausmaß der Rüstungsexporte lächerlich an. Allein im Jahr 2009 gab es Rüstungsausfuhren in 44 Länder, in denen die Menschenrechtsituation von Seiten der UN als fraglich eingestuft wurde und in 54 Länder, in denen Gewaltkonflikte herrschten.

Zeitgleich rüstet die EU Ihre Außengrenzen zum Zwecke der Migrationskontrolle auf. Umfangreiche Informationssysteme werden angelegt (SIS I und II, VIS). Und mit der "Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen" (Frontex) ist ein unabhängiger Apparat geschaffen worden, der über das Leben von tausenden Flüchtlingen entscheidet.

Doch auch im Innern schreitet die Militarisierung zur Absicherung der staatlichen Herrschaft und Durchsetzung ökonomischer Interessen stetig voran. Mit der Zuspitzung der sozialen Situation und der zunehmenden Unzufriedenheit darüber, muss Druck auf jeden und jede ausgeübt werden, damit das System funktioniert.

"Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist obsolet" geben Merkel und und BKA-Chef offen zu. Genau: Noch gut erinnern wir uns an die "Aufklärungsflüge" der Tornados über die Anti-G8-Camps bei Heiligendamm oder an gepanzerte Bundeswehrfahrzeuge zur Sicherung des G8, an Soldat*inneneinsätze beim Castortransport und bei der Ausbildung von Polizist*innen in Afghanistan. Längst übt die Bundeswehr den Umgang mit "aufgebrachten Menschenmengen", wie beispielsweise im Gefechts-Übungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzinger Heide bei Magdeburg. Neben der Sicherung der bestehenden Verhältnisse sorgt die militärische Durchdringung des Zivilen auch für einen gesellschaftlichen Rückhalt an der "Heimatfront". Zur Steigerung der Akzeptanz werden öffentliche Auftritte propagiert und insbesondere die Zusammenarbeit mit zivilen Strukturen verstärkt. Seit einiger Zeit garantieren sogenannte Verbindungskommandos in den Regierungsbezirken, in denen Beauftragte der Bundeswehr sitzen, einen reibungslosen Ablauf der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. In Katastrophenfällen stehen die Behörden dann unter dem Kommando der BW.

AUFRUF:

Vor diesem militaristischen Background rufen wir im Rahmen der "europaweiten Kampagne zum Markieren, Blockieren und Sabotieren der Kriegs-Infrastruktur" zu vielfältigen Aktionen auf. Bezugspunkt ist der 1. September als bundesweiter Anti-Kriegstag, an dem bereits seit einigen Jahren breite Proteste stattfinden. Mit der Markierung von erweiterter Kriegsinfrastruktur sind neben der klassischen Militärindustrie, dem Kriegstrainingsgeschäft, der militärischen Logistik und Versorgung auch der zivil-militärische Komplex, die kriegstreibenden Medien und Verlage sowie eingebettete Kriegsforschung und Rekrutierungsunterstützung gemeint.

Wir sehen dies als eine Weiterführung der Kampagne Comprehensive Resistance (umfassender Widerstand), innerhalb der das Unternehmen DHL mit unterschiedlichen Mitteln umfassend angegriffen wurde, was den Erfolg hatte, dass die DHL ihre Bewerbung für den Transport und die Lagerung von Bundeswehrmaterial zurückzog. Ging es dort um die zunehmende Privatisierung eines Teilbereichs der Bundeswehr und den umfangreichen Einstieg von allgemeinen Unternehmen ins Kriegsgeschäft, so geraten nun diejenigen ins Visier, die bereits mittendrin stecken. Dabei finden sich bei den Unternehmen und Firmen, mit denen wir im alltäglichen Leben konfrontiert sind, leichter Angriffspunkte und -orte. Denn Kriegstreiber*innen, -unterstützer*innen und -profiteure gibt es viele:
- Die öffentlichen Auftritte der BW (nicht nur Gelöbnisse) bieten ebenso passable

Interventionsmöglichkeiten. Viele dieser Veranstaltungen reichen weit in den zivilen Alltag hinein: Da wird beispielsweise auf Militärparaden und Messen für Krieg und Bundeswehr geworben. Kriegsschiffe führen den Auftakt des Hafengeburtstages in Hamburg an. Dynamische Bundeswehrbeauftragte gehen auf Nachwuchsfang an Schulen und Universitäten und an den Arbeitsämtern werden Arbeitssuchende rekrutiert. Feste, wie das Sommerbiwak in Hannover, das schon öfter erfolgreich gestört wurde, oder Treffen wie der Celler Trialog oder die Afghanistan-Konferenz im Winter in Bonn, zählen ebenfalls zu diesem Zielbereich.

- Diverse Universitäten und Institute führen Forschungsaufträge durch, die dem Militär zu Gute kommen sollen, und werden dafür großzügig gefördert.
- Zunehmend werden Teilbereiche der Bundeswehr an private Firmen übergeben, wie der bereits erwähnte logistische Bereich, für den sich nach wie vor noch Unternehmen bewerben.
- Und es gibt die offensichtlichen Profiteure, wie z.B. Rüstungsfirmen. Weniger bekannt sind hingegen die Zulieferbetriebe für den Rüstungsbau und für die Ausstattung der Bundeswehr.

AKTION:

Daher haben wir im Rahmen dieser Kampagne am 5. September dem Rüstungslieferanten Rolls-Royce Deutschland die Fassade verkokelt. Der Neubau in Wilhelmsburg ist das sogenannte "Service Department" von Rolls-Royce Marine Deutschland GmbH.

Rolls-Royce (RR) ist der zweitgrößte Hersteller militärischer Luftfahrttriebswerke der Welt und liefert Antriebe für rund 25% der weltweiten Militärflotte. RR Deutschland ist der einzige behördlich genehmigte Triebswerkshersteller Deutschlands mit Entwicklungs-, Herstellungs- und Instandhaltungsbetriebszulassung für moderne zivile und militärische Turbinentriebswerke.(1)

Auch die Bundeswehr setzt die Triebwerke von RR in Flugzeugen und Hubschraubern ein. Stolz blickt RR auf seine seit mehr als 50 Jahren bestehende Partnerschaft mit der BW und verkündet, die BW werde in den kommenden Jahren rund 1400 RR-Triebwerke oder Partnerschaftsprodukte nutzen. Damit ist RR an nahezu allen wichtigen fliegenden Waffensystemprogrammen beteiligt, so auch an den Waffensystemen Tornado und Eurofighter. Daneben rühmt sich RR Marine als weltweit führender Anbieter von Schiffsantrieben, Lieferant von 70 Seestreitkräften zu sein.

Gründe genug, RR als Kriegsunterstützer und Rüstungszulieferer kenntlich zu machen und anzugreifen. Unsere Devise ist es, den reibungslosen Ablauf der Kriegsmaschinerie zu stören und die Zusammenhänge im Kriegsgeschäft und in der Kriegspolitik offen zu legen!

War starts here! - Let´s stop it from here! Denn was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.

(1) alles Kursive: nach Eigendarstellung von Rolls-Royce

Autonome Antimilitarist_innen

Pressemitteilung
Bildung ohne Bundeswehr auf der Messe „Du und deine Welt“
Hamburg, 3. Oktober 2011

Das Hamburger Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“ protestierte heute, am 3.Oktober 2011, gegen die großflächige Präsenz der Bundeswehr auf der Messe „Du und deine Welt“. Am letzten Tag der Messe entfalteten AktivistInnen über dem Eingang Süd der Messehallen ein Transparent mit der Aufschrift „Bildung ohne Bundeswehr – Krieg ist keine Berufsperspektive“ (Foto im Anhang), während der Messestand der Bundeswehr mit Konfetti und Toilettenpapier verschönert wurde (Foto im Anhang). Die BesucherInnen der Messe reagierten positiv auf die Aktion zivilen Ungehorsams und nahmen die Flugblätter des Bündnisses bereitwillig mit.

„Die Bundeswehr hat auf Messen genau so wenig etwas zu suchen wie in Schulen“, so das Mitglied des Bündnisses Bildung ohne Bundeswehr (BoB) Christin Bernhold.

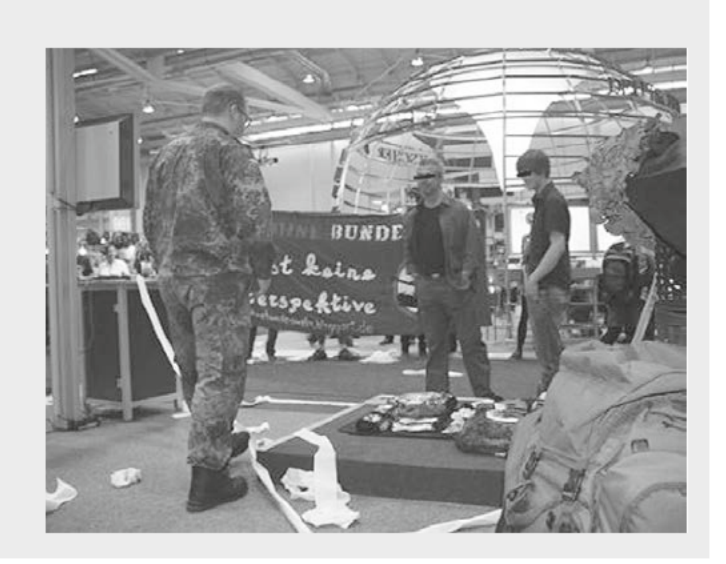
„Die Bundeswehr ist aggressiver Akteur in Kriegen, in denen rüksichtslos für die Interessen von Konzernen und westlichen Staaten Menschen ermordet und natürliche Lebensgrundlagen ver nichtet werden. Auf der Messe ‚Du und deine Welt‘ will sie sich als ganz normaler Arbeitgeber inszenieren, für Kriege Akzeptanz schaffen und neue Rekruten werben“, so Bernhold weiter.

„Insbesondere an einem Tag wie heute möchten wir daran erinnern, dass die Zusammenführung der Bundesrepublik und der DDR auch den Weg für die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik geebnet hat. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung ist der imperialistische Krieg und die Besatzung Afghanistans.“

Unser Bündnis hat sich aus diesem Grund zum Ziel gesetzt, Protest und Widerstand gegen die Rekrutierung und die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr in Hamburg zu organisieren. Mit unserer Forderung „Bildung ohne Bundeswehr“ bezwecken wir die Entmilitarisierung der sogenannten Heimatfront.

Wir setzen uns dafür ein, dass die VertreterInnen der Bundeswehr weder in den Hamburger Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Bildungseinrichtungen auftreten noch bei sonstigen öffentlichen Anlässen werben dürfen.

Hamburger Bündnisses
„Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“



rien ne vas plus

Die Züge kommen nicht, das Handy schweigt, auch das Internet braucht heute sehr lange. Der Chef muss warten, ob er will oder nicht. Na und? Der Ministerialbeamte aus Bonn bleibt im ICE hängen. Gut so. Der Hausmeister kann nicht aufschließen. Ausgerechnet heute, wo die Konferenz beginnt. Shoppen gehen? Geld ausgeben? Nicht heute. Mit dem Auto kommst Du auch nirgendwo hin. „Nein, ich kann leider nicht... Gut. Dann morgen." Vielleicht ...

Raum entsteht, wenn die Mobilität zur Ruhe kommt. Wenn das Handy nicht nervt. Denn heute funktioniert nichts so richtig ... Der Tag gehört Dir.

Die Stadt hält den Atem an, verlangsamt ihr Tempo, vielleicht hält sie inne. Entschleunigung.

Wir haben diese Metropole in einem bescheidenen Umfang in den Pausenmodus umgeschaltet.

Dazu haben wir heute an verschiedenen Kabelschächten der Bahn Feuer mit elektronischen Zeitgebern und Brandbeschleuniger gelegt.

Der Anlass

Warum das alles? Warum ausgerechnet heute?

Jeder Tag wäre der richtige Tag für eine Sabotage, denn jeder Tag bietet so viele Anlässe für radikales Eingreifen in den üblichen, tagtäglichen Ablauf, dass es keinen falschen gibt.

Zum Beispiel jährt sich gerade der Angriff auf Afghanistan zum zehnten Mal. Das nehmen wir zum Anlass zu bekräftigen, dass sich an den Verhältnissen gründlich etwas ändern muss. Die Gewohnheit, mit der hier jede Scheiße hingenommen oder durchgesetzt wird, muss durchbrochen werden. Angeblich sind 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Trotzdem morden die Soldat_innen, der Waffenhandel floriert, die Aktien der Kriegsindustrie steigen. Der relative Reichtum hier begründet sich jeden Tag aufs Neue durch Krieg anderswo – durch Ressourcenklau und internationale Machtdemonstrationen. Jeden Tag wird aus Deutschland Kriegsmaterial in die Welt exportiert. Jeder Tag ist Kriegstag.

Trotz großer Ablehnung in der Bevölkerung weitet die Bundeswehr ihre Kriegseinsätze aus. Die Lieferungen der Leopard 2 Panzer nach Saudi Arabien sind nur eine Spitze des Eisberges. Täglich liefert dieses Land Waffen in alle Teile der Welt. Patrouillenboote der Marine versuchen, in der Nähe zu Somalia die Piraterie zu bekämpfen, damit die Verschiffung billiger Konsumgüter wie geschmiert läuft – während die Bevölkerung am Horn von Afrika hungert (über 700.000 Menschen in Somalia drohen zu verhungern). Beim Aufbau in Libyen ist man jetzt gerne wieder dabei, denn klar, da gibt es Öl, Einfluss und Aufträge zu holen. Und wie die deutschen „Kleinwaffen" in Gaddafis Arsenal kamen, weiß nicht mal Waffenproduzent „Heckler & Koch" – angeblich.

Ja, es gibt jeden Tag genügend Anlässe, das, was für normal gehalten wird, aktiv in Frage zu stellen, zu sabotieren, zurück zu weisen.

Jeden Tag...

Jeden Tag werden über die Schienen Waffen und Kriegslogistik transportiert. Mit unseren Tickets finanzieren wir dies mit.

Jeden Tag werden in der europäischen Hauptstadt Geschäfte abgeschlossen, die den Hunger und die weltweite Verelendung verlängern und vergrößern. Während eine Milliarde Menschen hungern wird dazu gepflegt gefeiert.

Jeden Tag werden Menschen, meist Frauen und Kinder, vergewaltigt. Meistens von Männern. In Kriegen immer.

Das hat nichts mit Dir zu tun?

Jeden Tag ist jedes fünfte Kind in Berlin von Armut bedroht. Normal.

Jeden Tag zerbrechen Menschen am Leistungsdruck und Arbeitszwang. Burn Out.

Jeden Tag landen Schwarzfahrer_innen im Knast, weil sie sich die kostenlose Beförderung „erschlichen" haben. In Berlin sind 60% der Ersatzfreiheitsstrafe Absitzenden Schwarzfahrer_innen.

Jeden Tag werden Hartz IV-Bezüge gekürzt, während Menschen die Mülltonnen nach Verwertbaren durchsuchen. Alltag.

Jeden Tag läuft was grundsätzlich falsch.

Alternativlos

Zur prägenden Kategorie dieses Alltags wird die „Alternativlosigkeit". Die Energieversorgung der Metropole, ob sie nun atomare Verseuchung oder den Kollaps des Weltklimas mit sich bringt, sei alternativlos. Die Abschottung Europas gegen diejenigen, die am Reichtum teilhaben wollen, die Angriffe auf die erkämpften sozialen Standards, die Privatisierungen: alternativlos. Drei Jobs gleichzeitig und das Geld reicht trotzdem nicht: alternativlos. In der Finanz- und Schuldenkrise scheint die Alternativlosigkeit zum Dogma geworden zu sein. Die Märkte als übermächtiges Gefüge, dessen Vorgaben zu erfüllen alternativlos sei ...

Die Funktionsfähigkeit dieser Gesellschaft aufrecht zu erhalten, bedeutet die Katastrophe, auf die diese Gesellschaft hinausläuft, alternativlos zu machen. In diesem Sinne ist die Krise keine Krise und die Katastrophe gar keine Katastrophe. Krise und Katastrophe sind der Normalzustand in einer Gesellschaft, in der Krisen und Katastrophen als alternativlos gelten.

Wo es keine Alternative gibt, gibt es nichts mehr zu diskutieren oder einzufordern.

Wenn der Krieg ein Dauerzustand ist, ein permanentes Mittel, um die Sicherheit aufrecht zu erhalten, macht es keinen Sinn mehr, den Abzug aus einem Land xy zu fordern.

Wenn die Nutzung fossiler Energieträger alternativlos ist, macht es keinen Sinn, Klimaschutz zu fordern. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts alternativlos ist, macht es keinen Sinn mehr, soziale Gerechtigkeit zu fordern.

Und so wird deutlich, dass es keine einzufordernden Alternativen unter den herrschenden Bedingungen geben kann. Innerhalb eines Systems der Alternativlosigkeit sind diese nicht zu haben.

Aber Menschen geben Antworten auf die ihnen vor die Füße geknallten Alternativlosigkeiten. Wenn das Hungern der Menschen in Somalia, wenn eine profitorientierte globale Ordnung alternativlos ist, ist auf der anderen Seite eine Umverteilung in Form von Piraterie die alternativlose Antwort. Wenn soziale Verelendung im Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes alternativlos ist, hören die Ausgegrenzten eben auf, ein Recht auf Karriere zu fordern und fangen, wie in London, an zu plündern. Wenn die von westlichen Demokratien gestützten Despoten eine Gesellschaft unterdrücken, dann werden die Plätze besetzt; Sei es in Tunesien oder Ägypten. Oder es wird in Griechenland das Parlament blokkiert. In Lampedusa rebellieren die Flüchtlinge gegen ihre Unterbringung in Lagern und in Israel kämpft die Bevölkerung gegen hohe Lebenshaltungskosten und für bezahlbaren Mietraum.

Die Alternativlosigkeit führt zu einem Ende der Forderungen und zu einer Zeit des selbstermächtigten Handelns.

Wir ermächtigen uns.

Es ist nicht mehr Zeit zu warten, auf irgendetwas; ein Almosen, bessere Politiker_innen oder ein Wunder. Alles wird unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben wie es ist, denn es ist alternativlos. Wir müssen die Bedingungen ändern.

Wenn die Signalkabel kaputt sind, fährt eben kein Zug mehr. Wenn mal kein Strom da ist, wird eben nicht produziert. Wenn kein Nachschub kommt, gerät eben ein Krieg ins Stocken.

Wie die Interventionen im Einzelnen aussehen, ist Sache derer, die Handeln – damit zu beginnen ist alternativlos.

Terror ist ...

Vielleicht wird die Sabotage der Hauptstadt als das Werk von Idioten oder von Terroristen gebrandmarkt – oder als das von terroristischen Idioten. Wir sagen: Lächerlich! Die Terrorist_innen sitzen in den Regierungen, den Aufsichtsräten und Chefetagen, zerstören die Lebensgrundlagen auf dem Planeten und schenken den Banken Milliarden während sie die Ärmsten verhungern lassen.

Wir sind normale Menschen. Wir liefern keine Waffen, wir bauen sie auch nicht – wir unterbrechen nur die Funktionsfähigkeit einer kriegswichtigen europäischen Hauptstadt und rütteln damit bewusst am Schleier des Alltäglichen. Die Hauptstadt – das sind nicht nur die Politiker_innen, die Bänker_innen, die Manager_innen und jene, die das Kriegsgeschäft sonst noch betreiben als Zulieferer, als Soldat_innen, als Schreibtischtäter_innen. Die Hauptstadt, das sind wir alle. Funktioniert die Hauptstadt, greift die Profitlogik, dann brummt auch der Rüstungsexport. Der Betrieb eben dieser Hauptstadt sorgt für Hunger, Verelendung, Tod - täglich und weltweit. Für ganz normal wird das gehalten, obwohl jedes Kind die Zusammenhänge sehen und verstehen kann.

Wenn die Metropolen des Westens funktionieren, dann steht auch ihre ökonomische und militärische Dominanz stabil da. Funktionierende Metropolen machen Aufstände oder gar Revolutionen in anderen Teilen der Erde unmöglich. Auch heute entscheiden zum Beispiel zwei Milliarden jährliche Militärhilfe der USA für die ägyptische Regierung darüber, dass trotz Revolte keine Freiheit in Sicht ist. Wenn hier die Metropole also für ein paar Stunden stillsteht und einiges nicht funktioniert, die einhegende Kontrollfunktion von hier aus schlechter ausgeübt werden kann, dann ist das nur gut für die Menschen auf den Plätzen dieser Welt und ihre Versuche, etwas von unten zu verändern.

Die Anmaßung

Nimm es nicht persönlich. Vielleicht hältst Du es für anmaßend, dass wir diesen Eingriff in Deinen Alltag herbeigeführt haben. Sicher, Du hast recht – das ist anmaßend. Aber wie viel anmaßender wäre es, nicht gehandelt zu haben? Und dem Treiben weiter zuzuschauen? Oder zu resignieren, sich kaputt zu saufen oder alles in sich reinzufressen? Oder zynisch zu werden? Oder in Depression zu versinken? Oder das gierige Spiel mitzuspielen? Oder? Aussteigen geht nicht.

Du bist unsicher oder findest es daneben, was wir gemacht haben. Das können wir verstehen. Das akzeptieren wir. Wir könnten uns auch etwas Schöneres vorstellen, als sehr viel Zeit und Energie in ein Werk der Entschleunigung zu investieren. Aber wir wollen nicht gezwungener Maßen weiter zu „Kollaborateur_innen" gemacht werden. Wer einmal in einem Kriegsgebiet war, wer gesehen hat, wie Menschen sterben, und wer nicht bereit war, das Töten auf beiden Seiten zu akzeptieren, der/die weiß wovon wir reden. Aber jede/r ist dafür verantwortlich, wie die Welt ist und dass sie sich ändert. Ein jeder Mensch kann sich entscheiden, immer wieder entscheiden, in das mörderische Spektakel einzugreifen, es anzuhalten. Wir mit unseren Mitteln. Mit unseren Möglichkeiten.

Denn solange auch nur ein Mensch unfrei ist, ist kein Mensch frei und bleibt das Hinnehmen dieser Unfreiheit die maßgebliche Anmaßung.

Innere Reibung

Immer überall erreichbar, immer alles erreichbar. Immer auf ein Ziel zu. Eilend, hastend, rastlos. Menschen sind in dieser Gesellschaft reduziert auf ihren Materialcharakter. Sie müssen zeit- und passgenau funktionieren, die ihnen zugewiesenen Rollen ausfüllen. Wir sind alle in die technischen Netze eingebaut. Ihre Zwänge beherrschen uns. Aber wir können innere Reibung und damit Standortschaden erzeugen. Virulente innere Reibung könnte für die vernetzte Gesellschaft das werden, was der massenhafte Streik für das Industriezeitalter war.

Innere Reibung, durch militante Strukturen immer wieder an verschiedenen Stellen zielgerichtet verursacht, ergibt ähnliche Effekte wie die Generalstreiks der vergangenen Verwertungsepoche. Wenn auch deren Widerstandserfahrungen und -formen nicht sozial übertragbar sind, so ähneln sie sich in ihren Effekten. Volkswirtschaftlicher Schaden und Beschädigung des Standort-Images werden zum Preis für Sozialabbau, Atomkraft, Krieg, Klimakatastrophe.

nnere Reibung können wir, so wie heute, überall dort verursachen, wo wir - vor allem als Stadtbewohner_innen - Teil einer gigantischen Verkehrs- und Datenmaschine geworden sind. Das Hirn sagt „Danke für den Anschluss" und „zum Glück muss ich nicht warten". Anschluss wohin? Warum nicht warten und mal überlegen, wie tief das von oben geregelte Funktionieren uns schon in Fleisch und Blut übergegangen ist?

Du schickst Deiner/m Liebsten eine sms, benützt und bezahlst dabei Datenbahnen, die Dich kontrollierbar machen. Du lernst Regeln der Kommunikation, die Dir von Softwarefirmen auferlegt werden. Du kommunizierst mittels Substanzen, die z.B. im Kongokrieg, Vergewaltigung und Landenteignung voraussetzen (Coltan). Hältst dabei ein praktisches kleines Ding in der Hand, welches Dir ein soziales Verhältnis vorgaukelt oder Dir Geborgenheit gibt. Oder so tut. Man vermittelt uns, wir müssen und dürfen diese Dinge haben, weil wir sonst ausgeschlossen sind. Dabei sollen wir uns einfach an Ersatzscheiße gewöhnen, die zwischen uns Menschen installiert wird: Eben Handys, I-Phone, Internet, Mobilität. Man sagt Dir, Du hättest die freie Wahl. Zwischen den Zeilen heißt das: Du musst, sonst bist Du niemand.

Wir denken, auch diese Dimension des Seins muss heute als Kampfzone bezeichnet werden. Denn Krieg heißt auch, einen Zustand zu verkörpern und zu verinnerlichen, den die herrschende Politik benötigt, um ihre Projekte durchzusetzen. Über andere verfügen - über sich selbst verfügen lassen. Aber gerade weil wir alle da drin stecken, ist es auch jederzeit möglich, kleinste Schritte von Systemsabotage zu begehen. Irritationen herstellen, Verlangsamung erreichen, sich dem Geltungswettbewerb verweigern - oder gezielt und geplant technologische Lebensverwaltungssysteme zerstören. Mit der Ermächtigung, die Metropole zu entschleunigen und ihre Produktionsmittel und Infrastruktur lahmzulegen, stehen wir einer Realität gegenüber, in der in ihr zum Beispiel millionenfach Computer in Millisekunden über den Kauf und Verkauf von Aktien an den Börsen entscheiden. Denn jede Sekunde zählt im ökonomischen Verwertungsprozess. Jede Sekunde, die wir uns diesem System entziehen, ist eine Sekunde wiedergewonnenen Lebens. Die Wiederaneignung der Zeit, der Bewe-

gungsfreiheit, des Lebens als Größe, die wir selber bestimmen und der perspektivische Zusammenbruch der Verwertungsabläufe der Metropolen, – das ist die Absicht unserer Intervention.

Die Stunden gehören denen, die nicht mehr passiv zuschauen, wie dieser Planet zugrunde gerichtet und jeder Winkel der Erde verwertet wird, jeder Mensch, jede Beziehung, jedes Tier, jede Pflanze bis ins kleinste Molekül zerlegt und entlang einer Nutzen-Kosten-Rechnung verarbeitet wird.

Zustimmung

Wir handeln mit unserer Aktion gegen den Mainstream. Unser Handeln ist nicht in erster Linie darauf ausgerichtet eine breite Zustimmung zur Störung des Alltages zu erheischen. Die Gruppe „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ mit ihrer gelungenen Aktion gegen die Funktionalität der Metropole (Ostkreuz-Kabelbrand) hat uns inspiriert.

Einige Ideen haben wir inhaltlich aufgegriffen. Die Gruppe unterliegt aber einem Irrtum, wenn sie sich vor einem Vermittlungsproblem sieht.

Die Presse hat sich bemüht, ein Vermittlungsproblem herzustellen – das stimmt. Aber die Aktion hat sich im Rahmen der Anti-Atompolitik durchaus vermittelt. Sie hat getroffen. Gut so. Darüberhinaus: Wenn es ans Eingemachte geht, dann endet zunächst die Zustimmung zu solchen Interventionen und Forderungen nach Veränderungen. Wenn diese das eigene Leben betreffen, die Veränderungen unbequem zu werden drohen – dann doch lieber keine Veränderungen. Doch das kann kein Maßstab sein.

München, Frankfurt, Berlin, Hamburg, Stuttgart 21, Paris, Brüssel, Wien, Mailand, London, Zürich, Madrid ... lahmlegen! Die Funktionsfähigkeit der Metropolen und die Kriegshauptstadt Berlin bis zum Stillstand sabotieren – bis kein Kriegsgeschäft mehr getätigt wird, kein Befehl mehr erteilt wird, kein Geld mehr mit dem Tod oder der Bedrohung von Menschen verdient werden kann!

Das Grauen ist dem Normalzustand immanent geworden. Wir meinen, dass die Normalität des Grauens nur durch das Infragestellen des Normalen durchbrochen werden kann – dann erst wird die Hoffnung, die im Unnormalen liegt, sichtbar. Alles geht anders. Wir freuen uns darauf.

Wir widmen unsere Aktion Bradley Manning, Soldat der US-Armee im Irak-Krieg, der den Krieg sabotierte, indem er vertrauliche Dokumente über die Realität des Krieges veröffentlichte. Diesem mutigen Menschen drohen 52 Jahre Haft oder die Todesstrafe.

„Ich habe immer alles hinterfragt, versucht die Wahrheit zu vermitteln. Aber nun war



ich Teil von etwas. Ich war aktiv beteiligt an etwas, das ich total ablehne. Aber ich war ein Teil davon. Und völlig hilflos. (…) Ich will, dass die Leute die Wahrheit erfahren, egal wer sie sind. Weil die Öffentlichkeit ohne Informationen nicht in Kenntnis der Lage entscheiden kann.“ (Bradley Manning)

Freiheit für Bradley Manning!

Das Hekla-Empfangskommitee – Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen

(In Anlehnung an die isländischen Vulkane, die uns hoffentlich noch viel Freude bereiten werden, indem sie hin und wieder die europäischen Wirtschaftsabläufe ausbremsen. Hekla ist so einer – und sein Ausbruch ist längst überfällig, sagen die Vulkanolog_inn..)

Richtigstellungen zur Medienberichterstattung zu den Brandsätzen an Kabelschächten der Bahn

Verfasst von: Das Hekla-Empfangskommitee.

1. Medien behaupteten, wir hätten Brandsätze im Tunnelschacht des Hauptbahnhofes deponiert. Die Brandsätze lagen in allen Fällen im Freien und mit ausreichend Abstand zum Tunnel. Ein Brand im Tunnel war ausgeschlossen.

2. Die Brandsätze wurden in einigen Medien als Sprengsätze bezeichnet. Von Explosionen ist die Rede. Die Brandsätze sind Brandsätze, alleinig mit dem Ziel gelegt, Signal- und Datenkommunikationen zu unterbrechen. Von „Explosionen“ phantasierende Schreiberlinge machen die Angstpolitik diverser Innensenatoren mit. Selbst die Sprecher der Bundespolizei bleiben da wesentlich sachlicher in Form und Inhalt.

3. Die Polizei behauptet über die Medien, sie hätte einige Anschläge in letzter Minute vereiteln können. Das ist Wunschdenken. Zum Zeitpunkt der Entdeckung aller Brandsätze (elektronische Zeitgeber mit drei Batterien und Flaschen mit Brandbeschleuniger) waren diese nicht mehr aktiv! Und somit nicht zündfähig.

4. Einige Politiker und Medien (Springer u.a.) suggerieren eine Gefahr für Menschenleben durch die Brandsätze. Indem z.B. Innensenator Körting Zugentgleisungen als möglich behauptptet, agiert er als Charaktermaske und erfüllt seine politische Funktion als Scharfmacher. Er funktionalisiert die Angst der Menschen bewußt. Es bestand weder bei den aktiven noch besteht bei den nicht aktiven Brandsätzen eine Gefahr für Menschen. Kabelbrände können nicht zu Zugentgleisungen oder ähnlichem führen. Jeder Bahnexperte wird das bestätigen. Gerd Neubeck, Leiter der Konzernsicherheit der Bahn, bestätigte im rbb spezial schon gleich am 11.10.11, dass durch die Brandsätze keine Menschen gefährdet waren. Burkhard Ahlert, Bahnsprecher Berlin, wiederholte das ausführlich im rbb Spezial am 12.10.11 auf die Frage nach der Gefährdung von Menschen: „So wie in diesem Fall bleiben die Züge stehen, die Signale fallen auf Rot, die Züge bleiben stehen und dann beginnt eben die Disposition. Es ist also nicht so, dass da in irgend einer Weise eine Gefährdung für die Reisenden auftreten kann. Die Züge werden sofort abgebremst, bleiben stehen, und dann beginnt ja erst die Arbeit, die Disposition für die Kolleginnen und Kollegen.“ Auffahrende Züge sind bei dieser Sabotageform ausgeschlossen! Die Aktionen zielten nie drauf ab, Menschen zu gefährden.

5. Einige Politiker, Polizei und Medien reden im Zusammenhang mit den Anschlägen auf die Kabelschächte von „Terrorismus“.

Terroristisch ist, wer Waffen baut, Geld daran verdient und beabsichtigt, Menschen umzubringen oder umbringen lässt. Verantwortungslos, kriminell und menschenverachtend ist, wer die Infrastruktur dafür stellt.

Wir rufen die Bevölkerung auf, sich nicht für blöd verkaufen zu lassen. Urteilen Sie nach dem Lesen unserer Erklärung. [...]

Das Hekla-Empfangskommitee –
Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen
http://linksunten.indymedia.org/de/node/48629

Ein Rückblick auf den Kongress für autonome Politik vom 17.-19.06.11 in Köln

Zwei Monate sind seit dem Kölner Autonomen Kongress vergangen. Ganz so als hätte es ihn nie gegeben, so der Eindruck im Nachhinein. Die Sprachlosigkeit und das Nichtverhalten im Anschluss an den Kongress spiegelt die allgemeine Atmosphäre aus Köln ganz gut wieder.

Damit überhaupt mal etwas geschrieben wird, haben wir uns entschlossen wenigstens unsere persönlichen Eindrücke zur Diskussion zu stellen.

Mit mehreren hundert TeilnehmerInnen (wir schätzen mal so 400-500) waren unsere Erwartungen erfüllt. Es waren alle Altersschichten präsent und die Vorbereitungsgruppe hatte bezüglich der Infrastruktur alles sehr gut vorbereitet. Die Rahmenbedingungen für einen Kongress mit spannenden Debatten im Kölner AZ waren also gegeben. Schon im Vorfeld wurde der angedachte Kongressablauf über die Website transparent gemacht und die Vorbereitungsgruppe hatte einen umfangreichen Vorbereitungsreader zur Verfügung gestellt. Vorab sei gesagt, dass wir die Atmosphäre während des Kongresses und den Umgang miteinander sehr angenehm und solidarisch fanden.

Was uns bereits die Wochen und Tage vor dem Kongress negativ auffiel, war die geringe Anzahl an inhaltlichen Beiträgen die zur Diskussion gestellt wurden. Der Eindruck, dass es nur noch wenige autonome Zusammenhägen gibt, die ihren theoretischen Output zur Diskussion stellen, wurde während und nach dem Kongress bestätigt. Zwar gab es den erwähnten Reader der Vorbereitungsgruppe, wirklich Neues war dort aber nicht zu finden. Auch der ?linken Presse? war der Kongress bzw. eine Kongressankündigung keine Erwähnung wert.

Changing Realities, so der vielversprechende Titel für das Kölner Wochenende. Aufgeteilt in die vier Themenblöcke

1. Momentane Zustände ? Braucht autonome Politik Analyse?

2. Die Zustände in Bewegung bringen ? Braucht autonome Politik Strategien?

3. Wir stehen dazu ? Militanz

4. Mehr als nur zusehen ? Die aktuellen Aufstände und die Frage der Solidarität

war ein inhaltlicher Leitfaden geboten, entlang diesem diskutiert werden sollte. Die Behandlung der einzelnen Themenblöcke lief immer nach gleichem Schema. Die Vorbereitungsgruppe erläuterte im Gesamtplenum ihre Thesen zum jeweiligen Block (diese waren schon im Reader zu lesen und lagen auch in gedruckter Form im AZ aus), danach gab es die Möglichkeit hierzu Stellung zu nehmen und Ergänzungen oder sonstige Statements abzugeben. Die eigentliche Debatte lief dann aufgeteilt in Kleingruppen in verschiedenen Räumen. Als Diskussionsdauer wurde eine Stunde eingeräumt, was sich als viel zu knapp bemessen erwies. Danach sollten die Ergebnisse der Kleingruppen im Großplenum vor- und zur Diskussion gestellt werden.

Schon so manche Kleingruppe war so groß (teilweise bis zu 80 Leute), dass eine tiefergehende Diskussion nicht möglich war. Einzelne, gut vorbereitete Personen, ergriffen das Wort während ein Großteil stillschweigend den Stellungnahmen lauschte. Auch die knapp bemessene Zeit verhinderte einen Austausch den es für den Umfang der Themenpalette bedurft hätte. Das Zusammentragen der Gruppenergebnisse im Großplenum bot zwar informative Gesprächszusammenfassungen, bewies aber auch, dass in den anderen Gruppen die inhaltlichen Debatten auf Grund der geschilderten Bedingungen nur oberflächlich möglich waren. Konkrete Ergebnisse oder Grundlagen für weitere Debatten wurden nicht präsentiert. Dies dürfte mit Ausschlaggebend gewesen sein, dass auch im Großplenum keine fruchtbare Diskussion zu Stande kam ? falls dies bei einer solchen Personenanzahl überhaupt möglich ist.

Ob die Raumkapazität des AZ an ihre Grenzen gestoßen war, wissen wir nicht. Eine weitere Aufteilung der Kleingruppen auf zusätzliche Räume wäre aber förderlich gewesen. Für zukünftige Kongresse sollte dies im Hinterkopf behalten werden, da nur wenige Zentren die räumlichen Voraussetzungen für einen Kongress dieser Größe bieten.

Prägend für den gesamten Kongress war die Überbreite der vorgeschlagenen Themengebiete. Unter den gegebenen Umständen und Zeitfenstern war es schlicht nicht möglich die Themen inhaltlich zu diskutieren und konkrete Ergebnisse zu erarbeiten. Vielmehr hätte wohl jedes Thema ein eigenes Kongresswochenende füllen können.

Wir hatten unsere Gruppe so aufgeteilt, dass wir parallel an verschiedenen Diskussionsrunden teilnahmen. Auffallend war, dass keine/r von uns den Eindruck hatte, dass es während der Diskussionen zu einem roten Faden kam. Vielmehr wurden Meinungen in den Raum gestellt, teils kurz darauf Bezug genommen und dann schon wieder zum nächsten Diskussionspunkt übergegangen. Die einstündigen Diskussionen verliefen so, unserer Meinung nach, ergebnislos. Zudem gab es Unstimmigkeiten über Begrifflichkeiten aus autonomer Theorie und Praxis. Besonders auffallend war dies beim Thema Militanz. Dazu aber später mehr. Erschwerend hinzu kam der Zeitdruck innerhalb der Kleingruppen. Sobald sich endlich eine Diskussion abzeichnete, wurde diese mit Hinweis auf das Treffen im Großplenum abgewürgt.

Wie bereits dargestellt waren die Umstände nicht die Besten um fruchtbare Debatten führen zu können. Was sich aber als das, unserer Meinung nach, größte Problem herausstellte war, dass sich viele TeilnehmerInnen inhaltlich nicht wirklich auf den Kongress vorbereitet hatten. Hätten sich mehr Leute die Mühe gemacht, den Vorbereitungsreader zu lesen und an Hand der von der Vorbereitungsgruppe ausgegeben Thesen zu diskutieren, wäre der Kongress im Wesentlichen weitaus effektiver gelaufen. So ergab sich permanent das Problem, dass Diskussionsbeiträge weit ab vom eigentlichen Thema eingeworfen wurden. Sehr ärgerlich für die, welche eine Menge Zeit in die Zusammenstellung des Readers gesteckt haben, aber auch ärgerlich für die, die sich inhaltlich im Vorfeld des Kongresses mit den Themen ausgiebig auseinandergesetzt haben. Denn so wie die Diskussionen letzten Endes liefen, wäre eine Vorbereitung nicht nötig gewesen. Denn irgendwie mitlabern konnte so jede/r.

Nicht anders sah es bei der Zusammenfassung der Kleingruppenergebnisse im Großplenum aus. Dort wurden lediglich kurze Protokolle der jeweiligen Gruppen verlesen. Eine Bezugnahme aufeinander erfolgte nicht, stattdessen wurde nach ein paar Wortmeldungen die Debatte für beendet erklärt meist mit dem Hinweis auf vorhandenen Zeitdruck.

Veranschaulichen möchten wir unsere Kritik am Beispiel des Themenblocks Militanz wir stehen dazu.

Der Block Militanz wurde unserer Meinung nach im Vorfeld u.a. schon durch die Themenbeschreibung (Militanz? Wir stehen dazu) etwas gehypt. Wir sind Autonome? Autonome sind militant ? wir stehen dazu. Ein Auszug aus dem Vorbereitungsreader:

Wir wünschen uns die Wiedererlangung einer militanten Selbstverständlichkeit ? im alltäglichen Widerstand und auch in unseren Diskussionen. Eine selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Einübung und Ausübung von emanzipativer Militanz.

Von der genannten Selbstverständlichkeit sind wir jedoch weitentfernt. Nach mehr als 30 Jahren autonomer Politik scheint Militanz nach wie vor ein Begriff zu sein, der so unterschiedlich definiert und verwendet wird, dass eine Debatte über praktische (!) Militanz in zusammengewürfelten Gruppen, sich nicht bekannter Menschen, unmöglich erscheint. Wenige Tage vor Start des Kongresses gab die Vorbereitungsgruppe noch Empfehlungen und Tipps für die öffentliche Diskussion des Themas. Diese schienen für Leute gedacht, die sich im öffentlichen Raum über klandestine, militante Politik unterhalten wollen, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein sich in verfängliche Situationen zu reden. Doch das damit angesprochene Publikum war scheinbar nicht vor Ort. Es gab weder eine Bezugnahme zur laufenden Militanz-Debatte, noch zur vorangegangenen. Viel mehr wurden Ausweichdebatten geführt: statt über militante Praxis, Probleme bei der Durchführung militanter Aktionen, Auswirkungen und Repression zu diskutieren, wurde eher darüber gesprochen was Militanz sei und was nicht. Während im einen Moment über Sinn und Unsinn des Flambierens von Nobelkarossen diskutiert wurde, folgte im nächsten ein Beitrag über das militante Potential des Vokü-Kochens. Warum wird der Militanz-Begriff so verwässert? Warum will sich jede/r mit dem Label "militant" schmücken? Was hat die Frage "Ist noch genug Gas in der Flasche um die Kartoffeln zu kochen?" mit der Frage, ob Gasaki-Anschläge Unbeteiligte unnötig in Gefahr bringen, zu tun?

Auch hier wurde wieder nicht entlang der Kongressthesen diskutiert, sondern es wurde viel mehr ins Blaue geredet, ohne das wohl eine/r der Beteiligten irgendeinen Nutzen daraus ziehen konnte. Nicht anders sah es im Anschluss im Großplenum aus. Nach verlesen der Gruppenprotokolle war klar, dass es auch in anderen Gruppen ähnlich lief. Natürlich wurde auch bei diesem Themenblock die Diskussion in der Kleingruppe, wie auch im Großplenum mit dem Blick auf die Uhr für beendet erklärt. Diejenigen die bereits militante Aktionsformen praktizieren, werden dies wohl auch weiterhin tun. Diejenigen die mit sich selbst hadern und sich noch in einem Findungsprozess zwischen Sinn und Unsinn militanter Praxis befinden, werden durch den Kongress wohl keinen Push bekommen haben sich in militante Diskussionen einzubringen bzw. ihre Aktionsformen dahingehend zu ändern. Der gesteckte Anspruch muss leider als verfehlt gewertet werden.

Da wir bereits Samstagabend abreisten, können wir nichts über den Ausgang bzw. die Zusammenfassung des Kongress am Sonntag schreiben. In Anbetracht der Umstände gehen wir nicht davon aus, dass es noch zu einem produktiven Ergebnis kam. Mit Spannung erwarten wir die Nachbereitung des Vorbereitungskreises und weitere Einschätzungen von teilnehmenden Menschen. Bis dahin muss sich der oder die Interessierte wohl mit unserer zufriedengeben.

Folgende Eindrücke nehmen wir aus Köln mit:

Es ist beachtlich, dass sich nach wie vor relativ viele Leute für autonome Politik interessieren bzw. sich mit dem Label ?Autonome? identifizieren können. Es ist leider keine Selbstverständlichkeit, dass sich hunderte auf den Weg machen um ein Wochenende gemeinsam zu diskutieren, ohne das praktische Actions in Aussicht stehen.

Welche Ambitionen jedoch bei TeilnehmerInnen vorherrschen, völlig unvorbereitet eine solche Veranstaltung zu besuchen, hinterlässt bei uns Fragezeichen.

Unserer Meinung nach lässt es sich derzeit nicht von einer autonomen Bewegung sprechen. Vielmehr gibt es ein diffuses Sammelsurium an Leuten die sich als undogmatisch, radikal Links, anarchistisch/kommunistisch etc. verstehen.

Gemeinsame Ziele bzw. Strategien sind kaum vorhanden. Offensichtlich gibt es weniger gemeinsame Grundlagen als der Eindruck oft vermittelt. Vielmehr orientiert sich Theorie und Praxis an Begriffen wie ?Emanzipation?, ?herrschaftsfrei?, ?Widerstand?, ?Militanz?. In diesen Punkten auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, wäre unserer Meinung nach, das Ziel eines solchen Kongresses gewesen.

Auch ist uns unklar wieso es während des Kongress keinerlei Bezugnahme auf den Autonomen-Kongress in Hamburg 2009 gab. Sollte der Kongress in Köln nicht irgendwo darauf aufbauen bzw. eine Weiterführung darstellen? Falls ja, muss davon ausgegangen werden, dass auch in Hamburg nichts Wirkliches rumkam (Wir waren nicht dort).

Bezeichnend finden wir auch, dass wir noch keinerlei Nachbetrachtungen oder Einschätzungen zu Köln finden konnten. Dass nicht mal auf indymedia ein Artikel platziert wurde, oder sich in der Blogsphäre das Maul zerrissen wird, zeigt auf, dass der Kongress wohl so einige sprachlos werden ließ. Sehr schade!

Insgesamt lässt sich der Kongress wohl als repräsentatives Abbild des derzeitigen Szenezustands betrachten. Dass die beiden linksradikalen Bündnisse mit autonomen Background ??ums Ganze!? und ?interventionistische Linke? weder vor noch während des Wochenendes in Köln Bezug auf den Kongress nahmen bzw. für diesen warben, zeigt, dass es ein Spektrum gibt, das auf die klassischen Formen autonomer Politik zurückgreifen möchte. Ausgerichtet auf informelle Vernetzung und ohne feste Organisierung. Dass es unter diesem Umständen mehr als schwierig ist, gemeinsame politische Grundlagen zu erarbeiten und emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln wurde deutlich.

Wollen wir aber weiterhin darauf aufbauend arbeiten, müssen Wege gefunden werden, wie wir gemeinsame Basics erarbeiten, auf die wir gemeinsam Bezug nehmen können um unsere Standpunkte praktisch und theoretisch weiter zu entwickeln. Denn ohne eine intensivere Debatte über Strategie und Perspektive autonomer Politik ist wohl auch in Zukunft nicht viel zu holen. Ein weiteres Problem, wenn auch kein unbekanntes, scheint uns die mangelnde Nachwuchsarbeit/Wissensweitergabe durch ältere Genossinnen zu sein. Wir haben den Eindruck, dass viele junge Autonome versuchen, "die Alten" nachzumachen, jedoch die Zeit der 1980er/90er durch die rosa Brille betrachten und keine Schlüsse aus dem Scheitern der damaligen Bewegungen ziehen (können).

Falls ein weiterer Kongress folgen sollte ? was wir hoffen - wäre es sicher sinnvoll sich auf nur ein Thema zu beschränken, das dann auch die Möglichkeit bietet sich im Rahmen eines Wochenendes angemessen diskutieren zu lassen.

Lieber nochmal einen Schritt zurück machen und eine Analyse der momentanen Gegebenheiten nachholen. Darauf aufbauend (!) ließe sich bestimmt gewinnbringender arbeiten.

Zum Abschluss noch ein Danke an die Vorbereitungsgruppe die sicherlich viel Zeit und Arbeit in die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses gesteckt hat! Wir hoffen, dass unsere Kritik so ankommt wie sie gedacht ist: Solidarisch und in der Hoffnung das weitere, ergiebigere Kongresse folgen!

Ein paar Autonome aus Rhein-Main

Verteidiger verteidigen – keine Kriminalisierung von Rechtsanwält_innen in HH!

Prozesstermin gegen Rechtsanwalt Andreas Beuth

Der Hamburger Rechtsanwalt Andreas Beuth hat am 25.10.2010 einen Strafbefehl des Amtsgerichts Hamburg von 80 Tagessätzen über insgesamt 2400 € erhalten. Er soll fahrlässig gegen das Waffengesetz verstoßen haben, weil er einen Signalgeberhalter, wie er in Notfällen zum Abschuss von Leuchtkugeln von Seglern oder Bergsteigern verwandt wird, ohne Erlaubnis mit sich geführt habe. Rechtsanwalt Beuth besitzt tatsächlich keinen so genannten „Kleinen Waffenschein" zum Führen eines solchen Signalgebers. Doch das vermeintliche Vergehen hat sich weder auf einer Demonstration oder gar der Waffenverbotszone auf der Reeperbahn ereignet, sondern in einem Gerichtssaal des Strafjustizgebäudes am Sievekingplatz.

Dort verteidigte nämlich Rechtsanwalt Beuth einen Angeklagten, der bei einem der Schanzenfeste mit einem Signalgeber auf Polizeibeamte geschossen haben soll. Verschiedene belastende Beamte sollten mit einem baugleichen Gerät in den Zeugenvernehmungen konfrontiert werden. Nachdem Beuth dies am ersten Verhandlungstag unbeanstandet getan hatte, hinderte der anwesende Staatsanwalt der Staatsschutzabteilung Todt ihn am 2. Verhandlungstag daran, beschlagnahmte den mitgebrachten Signalgeber und kündigte die Einleitung eines Verfahrens wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz an.

Im folgenden Ermittlungsverfahren kamen die zuständigen Beamten des LKA jedoch zum dem Ergebnis, dass aus ihrer Sicht keine Straftat vorliege. Der Signalgeberhalter wäre ungeladen gewesen und sei in einem Aktenkoffer transportiert worden. Zudem hätte der Beschuldigte keine Munition dabei gehabt und schließlich im Rahmen seiner Anwaltstätigkeit ein nachvollziehbares Interesse am Transport des Signalgeberhalters gehabt, das nicht auf die Nutzung als Waffe gerichtet gewesen war. Aus diesen Gründen hätte es keiner Erlaubnis bedurft und Rechtsanwalt Beuth sei kein Verstoß gegen das Waffengesetz vorzuwerfen. Dieses Ermittlungsergebnis überrascht, da sich die Polizei als Teil der staatlichen Repressionsorgane selten in einen inhaltlichen Widerspruch zu einem von der Staatsanwaltschaft angestrengten Verfahren setzt.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft ignorierte kurzerhand diese Bewertung und beantragte beim Amtsgericht Hamburg den Erlass des Strafbefehls gegen Rechtsanwalt Beuth. Nachdem dagegen Einspruch eingelegt wurde, soll nunmehr am 07.11.2011 ein Prozess stattfinden.

Dieser Umstand lässt sich nur damit erklären, dass es nicht um die Ahndung angeblich strafbaren Handelns, sondern um Rechtsanwalt Beuth als Person geht.

Mit dem Kriminalisierungsversuch der Hamburger Staatsanwaltschaft wird vor allem die Arbeit Andreas Beuths als engagierter linker Strafverteidiger verfolgt. Rechtsanwalt Beuth hat zuletzt u.a in politischen Verfahren wegen des Vorwurfs der Bildung krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen (Paragrafen 129 / 129 a StGB) gemeinsam mit anderen Verteidiger_innen Betroffene verteidigt. Er hat mit dafür gesorgt, dass die staatlichen Repressionsversuche von Protestbewegungen gegen Stadtentwicklungspolitik oder aber auch den G8 in Heiligendamm ins Leere liefen und die Ermittlungsverfahren nie zu einer Anklage geführt haben und eingestellt werden mussten. Auch im Zusammenhang mit Verfahren wegen des Vorwurfs des Landfriedensbruch oder behaupteten Widerstandshandlungen oder Körperverletzungen zum Nachteil von Polizisten konnte Beuth immer wieder Freisprüche oder angesichts gravierender Widersprüche in belastenden polizeilichen Zeugenaussagen Verfahrenseinstellungen durchsetzen. Engagierte linke Strafverteidiger_innen haben sich schon immer in einer besonderen Konfrontation befunden. Und gesellschafts- und herrschaftskritische politische Organisierung sah sich schon immer staatlicher Repression ausgesetzt. Dabei geht es der politischen Justiz weniger um strafbares Handeln, sondern es wird vor allem politische Gesinnung kriminalisiert. Dem lag und liegt der Gedanke eines Feindstrafrechts zugrunde, der Polizei, Staatsanwalt und Gerichte ermächtigt, politische Gesinnung als kriminell zu stigmatisieren und im Rahmen von Ermittlungsverfahren bzw. Gerichtsver-fahren abzuurteilen. Ziel ist die Einschüchterung von politisch aktiven Menschen und die Zerschlagung von nicht erwünschtem politischem Widerstand. Feindstrafrecht folgt politischen Vorgaben. In diesem Zusammenhang spielen auch die aktuellen politischen gesellschaftlichen Entwicklungen eine Rolle. Die beispielsweise sich neoliberal formierende Politik in sozialen und ökonomischen Fragen oder die Abschottung Europas vor Flüchtlingen produziert gesellschaftliche Widersprüche, die vor allem durch repressive Konzepte von Überwachung, Kontrolle und Kriminalisierung beherrscht werden sollen. Die regelmäßigen und zyklisch initiierten Initiativen für Gesetzesverschärfungen sind Ausdruck dieser Entwicklung. In diesem Kontext können politisch parteilich und solidarisch verteidigende Rechtsan-wält_innen selbst in den Fokus staatlicher Repression kommen. Die Tätigkeit Andreas Beuths in zahlreichen von Staatsschutz und der Abteilung der Staatsanwaltschaft 7101 für politische Delikte initiierten Verfahren ist Teilen der Hamburger Justiz jedenfalls offensichtlich ein Dorn im Auge. Nur so lässt sich der Versuch erklären, das Verteidigerhandeln eines Rechtsanwalts im Gerichtssaal als Straftat zu kriminalisieren. Der Versuch der Einschüchterung soll über die Person des Betroffen hinaus dabei ein (rechts-)politisches Signal an andere Kolleginnen und Kollegen sein. Entsprechend haben sich bereits 120 Hamburger Kolleginnen und Kollegen, die Strafverteidiger-AG Hamburg, der RAV, aber auch die Rote Hilfe solidarisch erklärt und die sofortige Einstellung des Verfahrens gefordert. Aber auch alle politisch engagierten Menschen sind aufgefordert, sich solidarisch zu zeigen. Wenn Anwält_innen politische Bewegung vor staatlicher Repression weiterhin in Zukunft verteidigen sollen, muss die politische Bewegung ebenso Anwält_innen gegen staatliche Repression verteidigen.

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Rechtsanwalt Beuth!

Keine Kriminalisierung von Rechtsanwält innen überhaupt!

Solidarität ist unsere Waffe!

Treffpunkt 07.11.2011 08:30 Uhr gegenüber des Strafjustizgebäudes Sievekingplatz 3

Prozessgruppe
„Verteidigung der Verteidiger_innen"

Solidarität mit Tobias, inhaftiert in Berlin

Das Klicken der Handschellen der Zivi-Bullen, die endlosen Stunden in der Gefangenensammelstelle, der Haftrichter und schlussendlich der Transport in die JVA Moabit in Berlin. Ein mieses Déjà-vu, Szenen die Tobi schon einmal durchlebte. Der Vorwurf: Brandstiftung an mehreren PKWs in Berlin-Mitte. Wieder Untersuchungshaft, wieder das Warten auf eine ungewisse Zukunft, völliges Ausgeliefertsein. Hinter hohen Mauern, 23 Stunden am Tag hinter verschlossener Tür. Wir erinnern uns: 2009 saß Tobi schon einmal 43 Tage hinter Gittern, nachdem er in Friedrichshain in der Nähe einiger brennender Luxuskarossen von einer Brandstreife festgenommen wurde. Der Tatvorwurf jene Autos angesteckt zu haben konnte nie bewiesen werden, so dass er letztendlich dafür nicht verurteilt wurde. 2009 erhellten so einige in Flammen stehende Fahrzeuge die Berliner Nächte. Brandstreifen, meist in zivil, wurden eingerichtet um ihre Runden in den relevanten Kiezen zu drehen. Neben Tobi wurden damals weitere Personen in U-Haft gesteckt. Auch bei ihnen fing sich die Staatsanwaltschaft eher nur Schlappen ein. Dieses Jahr scheint die Situation zu eskalieren. Über 500 Autos wurden bis jetzt flambiert und der Staat samt seiner Büttel reagiert mit Repression. Um die 650 Bullen patrouillieren Nacht für Nacht durch das ganze Stadtgebiet. Helikopter mit Wärmebildkamera sind im Einsatz. Ein absurder Aufwand, der den ermittelnden Behörden in diesem Jahr lächerliche sieben Festnahmen, inklusive der von Tobi, einbrachte. Nicht das wir uns beschweren wollen, dass hier die Steuergelder für übertriebene Einsätze flöten gehen, denn erstens vermeiden wir es, wenn möglich, Steuern zu bezahlen und zweitens freuen wir uns ein wenig, wenn es die Angst vor brennenden Autos ist, die dem Staat die Gelder entzieht. Es scheinen immer die simpelsten Maßnahmen zu sein, die dem Bürger ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung verschaffen sollen. Staatliche Programme, die soziale Konflikte verwischen, ablenken oder wegsperren. Die Presse rundet diesen Prozess ab und setzt der Leserschaft ach so „geheime" Details der Festgenommenen vor die Nase. Tobi, der „Möchtegern-Journalist" oder Det, der „Sozialmanager und Hassbrenner". Die Medien lenken von der eigentlichen Problematik ab. Die genannten zwei passen ins Raster der grauen Damen und Herren des Staatsschutzes. Sie wohnen oder wohnten in linken Hausprojekten, sind politisch aktiv und wurden obendrein noch in der Nähe von brennenden Karren aufgegriffen. Die wohl beste Legitimation solche, die durch die Gesellschaft als Straftäter gebrandmarkt sind, einzusperren. An Orten der Isolation, der Monotonie und totalen Kontrolle. In der JVA Moabit sitzen zurzeit ungefähr 1.500 dieser sogenannten Straftäter, größtenteils wegen Diebstahls und anderen Eigentumsdelikten, aber auch wegen Körperverletzung, Drogenbesitz oder Drogenhandel. In der JVA Plötzensee viele weitere wegen Schwarzfahrens. Resultate dessen, was uns dieses Leben in dieser Stadt Tag für Tag präsentiert: Armut, Arbeitslosigkeit oder prekäre Jobs. Perspektiven verschwinden hinter Bergen von Schulden, hinter Auswegslosigkeit, die zum Kurzschluss führt. Mobilitätsfreiheit sollte nicht anhand vom Geld, dass wir alle mehr oder weniger besitzen, bemessen werden. Lebensvorstellungen sollten sich nicht durch Eigentum verwirklichen lassen. Brennende Autos sind unter anderem Produkte einer Stadt, die sich zum Schlechten hin verändert, die ihre Mieten in die Höhe schießen lässt und hier und da Loftgebäude und Townhäuser hinsetzt. Menschen, die ihrer Wut über die bestehenden Verhältnisse freien Lauf lassen, der Realität eine andere entgegensetzen, und sei es durch brennende Autos, Eigentumsdelikte usw. sind nicht kriminell, wie es der Staat beschreibt, sondern sie sind direkt und militant. Sie folgen ihren Intuitionen und Schlussfolgerungen um der Misere zu entfliehen. Die Knäste, in denen die Probleme der Ungerechtigkeit der unsrigen Gesellschaft verbannt werden, führen in den wenigsten Fällen zu Resozialisierung, noch zu Läuterung, noch zur Lösung der Konflikte. Eine Gesellschaft ist solange nicht befreit, solange sie sich nicht dessen stellt, das sie sich selbst zu verschulden hat. Uns kotzt es an, dass wieder einer unserer Gefährten im Knast sitzt, dass es ausreicht politisch aktiv zu sein, um ins Fahndungsbild der Bullen zu passen, wenn du Freitagnacht in der Nähe brennender Autos festgesetzt wirst. Wir solidarisieren uns mit Tobi und schicken Grüße der Freiheit an alle Gefangenen, die ihre Zeit hinter vergitterten Fenstern verleben müssen.

Schreibt Tobi:
Tobias Poge
JVA Moabit
Buchnummer: 2540/11/1
Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Auf dass unsere Leidenschaft für die Freiheit die Mauern zum Einsturz bringt!

Damals wie heute - tausend Gründe für die Revolte! Solidarität mit Sonja und Christian

Am 14.09.2011 wurden Sonja und Christian an den deutschen Staat ausgeliefert. Den beiden mittlerweile über 70-jährigen werden Brand- und Bombenanschläge gegen Konzerne der Atom- und Rüstungsindustrie vorgeworfen, unter anderem solchen, die in den 70er Jahren an der Apartheid in Südafrika beteiligt waren. Ebenso ein weiterer Brandanschlag, der sich gegen die Stadtumstrukturierung in Heidelberg richtete. Die Aktionen werden den RZ (revolutionäre Zellen) zugerechnet. Sonja wird u.a. durch eine gekaufte und erpresste Aussage die Beteiligung an dem Überfall auf die OPEG-Tagung in Wien in den 70er Jahren vorgeworfen.

Als sie merkten, daß sie überwacht werden, setzten sich Sonja und Christian 1978 nach Frankreich ins Exil ab. Dort lebten sie bis 2000 unter anderer Identität, welche durch einen lebenswichtigen Krankenhausaufenthalt aufflog. Nach kurzer Zeit in Untersuchungshaft tolerierte der französische Staat vorerst ihren Aufen-thalt. Deutschland stellte daraufhin einen Auslieferungsantrag, welchem nun stattgegeben wurde.

Es ist nicht verwunderlich, dass den Beiden im Rentenalter der Prozess gemacht werden soll, denn Revolu-tionär_innen und Widerstandskämpfer_innen werden lebenslang verfolgt. Der Staat sieht es in seiner machterhaltenden Pflicht, solche Menschen zu verurteilen, erst recht, wenn sie einer BKA-Fahndung über mehrere Jahrzehnte lang erfolgreich entkommen konnten. Die fehlende Kooperationsbereitschaft, das Nich-teingehen auf Deals mit der Staatsanwaltschaft und das jegliche Fehlen von Reue zeigen, dass sie ihre Ideale und Ideen bis heute nicht verloren haben.

Uns geht es in diesem Aufruf zu Solidarität mit den Beiden weder um das Herbeisehnen vergangener Zeiten noch irgendeine Art von Glorifizierung von Gruppen und Personen. Neben aller Kritik an ihrem Weg, sehen wir die RZ als einen wichtigen Bestandteil der antiautoritären Widerstandsbewegung in der BRD. Sowohl die Organi-

sationsform der RZ als auch die Reflektion der einzelnen Zellen und die zahlreichen Beiträge zu politischen Debatten haben zur Entwicklung revolutionärer Ideen beigetragen. Ob Sonja und Christian Teil davon waren spielt für unsere Solidarität keine Rolle. Christian wurde mittlerweile aus der Haft entlassen, Sonja sitzt weiterhin in Frankfurt im Knast. Sie sind Individuen wie wir, die damals wie heute die bestehenden Ordnungsverhältnisse ablehnen und mit ihren Ideen für ein Leben in Freiheit einstehen.

Es gibt damals wie Heute tausende von Gründen für die soziale Revolte!
Solidarität mit Sonja und Christian!
Freiheit für alle!

Anarchisten_innen

Schreibt Sonja :
Sonja Suder,
JVA Frankfurt III
Obere Kreuzäckerstr. 4,
60435 Frankfurt

Anmerkung der Redaktion:
Nach wochenlanger Haft ist Christian am 20. Oktober entgegen einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft aus dem Knast gekommen.

Lebenslänglich für Faruk Ereren

Am 27.09. wurde Faruk zu lebenlänglich verurteilt vom Düsseldorfer Staatsschutzsenat unter Vorsitz von Richter Berthold Klein. Faruk wurde anlässlich des Putsches, der mit Unterstützung der NATO-Staaten stattfand, im September 1980 in der Türkei verhaftet und in den 9 Jahren seiner Haft schwer gefoltert. Nach seiner Haftentlassung wurde er weiter verfolgt, flüchtete und stellte in der BRD einen Asylantrag. Auf Grund der Folter leidet er unter paranoiden Angstzuständen und war bis zu seiner Festnahme 2007 in ärztlicher Behandlung.
Faruk soll als Führungsmitglied der marxistisch-leninistischen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) aus dem Exil heraus führend bei einzelnen Aktionen der Organisation in der Türkei beteiligt gewesen sein - bis hin zu einem „Mordantrag“ in der Türkei. Bezeugt wurde das von einem Verräter und somit Kronzeugen, sowie unter Folter erpressten Aussagen in der Türkei. Für die Bundesanwaltschaft und den Staatsschutzsenat ist das natürlich kein Problem, diese „Früchte vom verboten Baum“ zu verwenden.

Gründe für das Urteil

Im Laufe des Verfahrens wurde der §129b gegen Faruk fallen gelassen. Der §129b „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ ist der Zwillingsparagraf des §129a. Politische Verfahren werden von bestimmten Sondergerichten geführt, die zum ersten Mal eingesetzt wurden im Stammheimer Verfahren vor 36 Jahren gegen die Gefangenen aus der RAF, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof.
Neben der 1974 erfolgten Einschränkung des Erklärungsrechts des Gefangenen in der Hauptverhandlung wurde auch das Recht von Verteidiger/innen, Erklärungen abzugeben, beschnitten. (Justiz-)kritische Äußerungen wurden mit Ehrengerichtsverfahren beantwortet. So wird dann auch eine politische Prozessführung permanent unterdrückt, die RAF gilt als "terroristische Vereinigung". Als "Terroristen“ werden viele GegnerInnen des Staates definiert. Zunächst richtet sich dieser Vorwurf nur gegen die RAF, weil - wie die Bundesregierung ganz offen sagt - die RAF so besser als Gruppe verfolgt werden kann, ohne einen EinzeltäterInnen-nachweis erbringen zu müssen. Weiterhin sind diese Staatsschutzgerichte mit besonders ausgewählten und geschulten Richtern ausgestattet, die Verteidigung wird generell benachteiligt, wie z. B durch vorenthaltene Akten, Einschüchterung und Behinderung der Öffentlichkeit durch drakonische Kontrollen und die Prozesse werden auf Kosten des Lebens von schwerkranken Gefangenen wie z.B von Mustafa Atalay geführt.
Der Begriff von „Skandalurteil“ greift hier zu kurz, denn das alles ist Ausdruck der Systematik der Klassenjustiz.
Die Türkei ist ein wichtiger Partner für das expansive Nato-Bündnis. Die meisten Waffen werden übrigens von der BRD nach dort exportiert, was auch zeigt, dass die BRD deswegen auch ein eigenes vitales Interesse hat, ihrer Bündnispartnerin dort und hier den Rücken frei zu halten. Von 2000 - 2007 wehrten sich tausende türkische und kurdische Gefangene im Hungerstreiks gegen die Folter "made in Stammheim“. Über 120 Gefangene in diversen anatolischen Knästen kamen dabei ums Leben. Schon während des Hungerstreiks verlangte die Türkei von ihren Verbündeten das Verbot der Öffentlichkeitsarbeit von linken anatolischen Kräften in Europa. Die Folge waren die Razzien und Festnahmen 2004 von linken türkische Strukturen in diversen Ländern Europas. Wie das exemplarisch in der BRD abläuft: der Verfassungsschutz Baden-Württembergs "warnt vor linksradikaler deutsch-türkischer Solidarität". Der VS bezog sich auf die Demonstration vom 5. 7. 2008 gegen die Kriminalisierung des migrantischen Widerstands und somit gegen die Terrorparagrafen §129a und 129b. Prompt gab es wieder 3 Verhaftungen im November 2008 in der BRD. Das Lebenslänglich für Faruk Ereren nur auf „den Faschismus in der Türkei“ zu reduzieren ist verkürzt und erfasst die politische Dimension nicht, denn die Bundesregierung hat als stärkste europäische Macht auch eigene wirtschaftliche, politische, militärische und strategische Interessen. Die Auslieferung Faruks in die Türkei ist zwar im Prozess fallengelassen worden, ist aber immer noch nicht vom Tisch.

Faruk kämpft

Trotz drakonischer Isolationsmaßnahmen - Zensur, Besuchsverboten, Post dauerte monatelang, Umschluß mit einem Gefangenen wurde ihm trotz Zusage nicht immer gewährt - lehnte er einen Deal mit dem Gericht ab: bei einem Geständnis, „nur 3 Jahre und 9 Monate oder 4 Jahre und 6 Monate“. Faruk meinte dazu sinngemäß, was er nicht gemacht hat, hat er auch nicht zu gestehen und erklärt in seiner Abschlusserklärung:
„Abgesehen davon hat kein Urteil gegenüber der Geschichte Gültigkeit. Bis heute habe ich für UNABHÄNGIGKEIT, DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS gekämpft,.... der meine Lebensgrundlage ist....“
Auch hat er sich zu vielen Ereignissen, trotz seiner fehlenden Deutschkenntnisse, solidarisch verhalten: sei es zum 18. März, dem „Tag für die Freiheit der politischen Gefangenen“ oder zum Verfahren gegen das „Gefangenen Info“.

Solidarität wurde kriminalisiert

Gegen Medien , die den Prozess kritisch verfolgten, wie die Internetseite „Scharflinks“ und das „Gefangenen Info“ wurden Verfahren eingeleitet, die aber mit Freispruch endeten. ProzessbeobachterInnen, die ihn grüßten, wurden im Gericht verprügelt und zu Bußgeld von 100 Euro verurteilt.

Ausblick

Als "Terroristen“ werden viele GegnerInnen des Staates definiert. Was „Terrorismus“ ist, ist immer eine Machtfrage und wird zur Zeit noch von der herrschenden Klasse bestimmt. Wir werden aber weiterhin Position gegen die Herrschenden beziehen, die nach unserer Meinung die wahren Terroristen sind!

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, Hamburg

Aufruf der Kampagne Atomstaat stillegen

Ende November soll wieder ein Atomtransport ins Wendland stattfinden. Der diesjährige Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague soll dann Gorleben erreichen. Bereits seit September befinden sich hunderte Polizisten im Wendland, um ihren alljährlichen Großeinsatz vorzubereiten.Denn eines ist in den letzten Jahren nur allzu deutlich geworden: ohne den Einsatz von über 15.000 Sicherheitskräften - ausgestattet mit Räumpanzern, Wasserwerfen und allerleri anderen Waffen - ist ein Tansport der Castorbehälter in das Zwischenlager schlicht nicht umsetzbar. Trotz dieser riesigen Besatzungsmacht verlief die Fahrt des Atomzuges von Frankreich nach Deutschland in den vergangenen Jahren nicht störungsfrei: Hakenkrallen und Feuer sabotierten den Zugverkehr, an vielen Bahnhöfen entlang der Strecke versammelten sich zehntausende Menschen zu Blockaden und Kundgebungen oder ketteten sich an die Gleise. Autonome Treckergruppen blockierten den Nachschub der Bullen und sabotierten so effektiv deren Infrastruktur.

Es gibt auch dieses Jahr keinen Grund, die Füße ruhig zu halten. Nach den Ereignissen in Fukushima im Februar sah sich die Deutsche Regierung gezwungen, ihrer potenziellen Wähler_Innenschaft einen Atomaustieg vorzugaukeln, wie es bereits vor wenigen Jahren rot-grün vorgemacht hatte. Mit der Abschaltung von acht Kraftwerken und dem Versprechen eines Atomausstiegs bis 2022 sollen alle Kritiker ruhig gestellt werden. Doch wir trauen keiner Regierung, wir lassen uns nicht befrieden und erst recht nicht mit faulen Kompromissen abspeisen. Es kann für uns keine Alternative zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke, zum sofortigen Produktionsstop von Brennelementen, zur sofortigen Beendigung des weltweiten Uranabbaus geben. Der scheinbare Ausstieg bedeutet nichts als eine Sicherheit für die Betreiber, für mindestens elf weitere Jahre mit ihrer menschenverachtenden Technologie Gewinne zu erziehlen. So werden Tag für Tag weitere Schäden an Mensch und Natur in Kauf genommen. Mit ihrer Energiewende werden wir uns nie abfinden, denn in der kapitalistischen Gesellschaft werden nie die Bedürfnisse der Menschen oder die Umweltverträglichkeit entscheidende Rollen spielen. Das ausschlaggebene Moment bleibt immer die Höhe des Gewinns, ganz egal wie dick die grüne Farbe auf den Werbetafeln aufgetragen ist. Wir werden keinen Frieden finden mit diesem ausbeuterischem System, in dem wir uns in allen Lebenslagen den "Mechanismen des Marktes" unterordnen sollen, anstatt in einer solidarischen Gemeinschaft verantwortungsvoll miteinander zu leben.

Es ist uns wichtig im November im Wendland genau die Kräfte ins Visier zu nehmen, die alltäglich zum Bestehen dieser Herrschaftsverhältnisse beitragen. Die Fahrzeugkonvois der Polizei gehören blockiert, ihr Kriegsgerät sabotiert, ihre Suppe versalzen und ihre Toiletten, die sollen sie ewig suchen. Die Ruhe in den Kasernen soll nicht lange wären - Pause muss ein Frendwort für die Handlanger_Innen der Atomindustrie werden. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten den Ordnungshüter_Innen ins Handwerk zu pfuschen. Ebenso wie ein Castortransport ins Wendland ohne die Staatsmacht nicht durchzuführen wäre, ist auch der kapitalistische Alltag ohne dieselbe Bullen unvorstellbar.

Vor Ort heißt ein solches Konzept - eingebettet in den gesamten Widerstand - selbstorganisiert und unberechenbar zu agieren. Die Möglichkeiten sind vielfältig, die Räume des Widerstands groß. Militanz ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine Widerstandsform von vielen - allerdings eine, die eine große Verantwortlichkeit braucht. Das Ziel ist, einen möglichst hohen, gezielten Sachschaden zu schaffen und damit gemeinsam den Transport so schwierig wie möglich zu machen. Damit wir in kleinen Gruppen erfolgreich agieren können, gibt es eine Karte, auf der die Infrastruktur verzeichnet ist, die der Staat und ihre Helfer_Innen brauchen, um den Castortransport bis ins Atommülllager zu prügeln
Download unter: www.castor2011.org
Welche Strecken fahren die Nachschubkollonnen? Wo stehen wichtige Sendemasten? Wo sind die Kasernen, in denen sich die Bullen ausruhen?
Machen wir ihnen den Einsatz zur Hölle!

Unberechenbar und dezentral agieren ist gegenüber dem konzentrierten Bullenaufgebot ein enormer Vorteil. Aber es birgt Risiken. Auch deshalb empfehlen wir allen, schaut euch die Wege, den Rükkzug und die Umgebung genau und möglichst im Vorfeld an. Wir wollen damit das Gesamtkonzept des Widerstandes im Wendland wieder mal mit eigenen autonomen Aktionen erweitern. Dabei geht es uns nicht darum, von der Schiene oder von der Straße weg zu mobilisieren. Auch hier sind entschlossene Aktionen gefragt und werden von autonomer Seite her geplant und unterstützt.

Antwort 1 auf die "Klarstellung zur Vereinnahmung"

Antwort einer autonomen Gruppe aus der Kampagne Atomstaat stilllegen auf den Text: Klarstellung zur Vereinnahmung in der interim 731 und zeck 164.

Nichts von den Organisationen erwarten. Allen bestehenden Milieus misstrauen, und zuallererst verhindern, zu einem zu werden.
(Der kommende Aufstand)

Ohne, dass der Text direkt dazu aufrufen würde, lesen wir in ihm den Versuch heraus die Mobilisierung der Kampagne: Castor 2011/ Atomstaat stilllegen – weiträumig/unkontrollierbar/renitent politisch-inhaltlich zu stärken, was uns zunächst einmal freut. Als ein Zusammenhang, der an der Vorbereitung und Umsetzung dieser Kampagne beteiligt ist, möchten wir ein paar Worte zu diesem Text verlieren, der (wenn denn seine Intention diese gewesen ist) unserer Meinung nach am Ziel vorbeiführt. Wir haben nicht das geringste gegen eine politische Debatte über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Bündnis-arbeit mit postautonomen Organisierungsansätzen wie der IL, genauso wenig wie gegen die inhaltliche Stärkung eines Autonomiebegriffes der auf Selbstorganisation und Eigenverantwortung aufgebaut ist. Wogegen wir sehr wohl etwas haben ist, dass diese Klarstellung zur Vereinnahmung uns selbst als eine Vereinnahmung daherkommt, nämlich dessen was da vermeintlich autonom ist und was nicht.
Auch wenn es einigen Akteur_innen beider Fraktionen anders lieber wäre, die ideologische Trennschärfe autonomer und postautonomer Politikverständnisse ist eine theoretische Konstruktion und hat in der Praxis kaum Bestand. Noch weniger lässt sie sich als rote Linie durch die Göhrde malen. Ein Kampf um die Köpfe der Linksradikalen, wie er mit eben der gleichen im Text

kritisierten moralischen Überlegenheit und den selben Hegemonieansprüchen proklamiert wird, existiert für uns schlicht nicht. Selbstbestimmtheit ist für uns kein Label unter dem mensch seine/ihre Anhänger_innenschaft schart, die dann dem wahren autonomen Masterplan folgt.

Viele im Text benannte Kritikpunkte an der IL teilen wir. Gerade am legalistischen Prinzip des zivilen Ungehorsams und der damit einhergehenden Selbstentwaffnung. Auch nicht widersprechen wollen wir dem Vorwurf der Kader- und Machtpolitik, die eine Bündnisarbeit mit dieser Organisation aus anarchistischer Sicht nur schwer erträglich macht und in der selbstbestimmte Politikansätze leicht absorbiert bzw. unsichtbar gemacht werden. Aus diesen und anderen Gründen haben wir als autonomer Zusammenhang die Konsequenz gezogen 2011 nicht (wieder) Schottern zu gehen, andere Zusammehänge zogen andere Konsequenzen und suchen weiter die direkte Auseinandersetzung im Bündnis – auch diese Gruppen sind unserem Verständnis nach autonom.
Die Gleichsetzung der Kampagne Castor Schottern mit dem postautonomen Projekt der Interventionistischen Linken (und auch die fressen keine kleinen Kinder), empfinden wir als reichlich undifferenziert und führt unseres Erachtens nicht nur in der Analyse zu falschen Ergebnissen, sondern schwächt vor Allem die verbliebenen autonomen und militanten Positionen innerhalb des Schotter Bündnisses, sowie die Handlungsspielräume der eigenen Mobilisierung. Oder um noch deutlicher zu werden: Wir verstehen uns als militante Atomkraftgegner_innen, von militanten Schottergegnern, wie sie im Text erwähnt werden, haben wir bislang noch nie etwas gehört und können uns auch nicht so richtig etwas darunter vorstellen. Wir können nur hoffen, dass einige Zusammenhänge – 2 Monate vorm nächsten Castortrans-port – bereits etwas weiter mit ihren Aktionsvorbereitungen und Gedanken zur politischen Vermittlung/Wahrnehmbarkeit der Kampagne fortgeschritten sind, als sich fürs Nichtschottern entschieden zu haben und für diese neuartige, revolutionäre Aktionsform die Werbetrommel zu rühren.
Der politische Erfolg, die Räume des Widerstands einmal mehr um selbstbestimmte (auch militante) Aktionen zu erweitern, wird sich mit Sicherheit nicht daran messen lassen, wie sehr es gelungen ist, eine Kampagne zu torpedieren die diesen Anspruch vielleicht so nicht hat.

Wir werden uns vom Schottern genauso wenig distanzieren/ entsolidarisieren, wie von Brandanschlägen auf die Berliner S-Bahn, Sitzblockaden vorm Zwischenlager oder einem angeko-kelten Räumpanzer in der Göhrde.

Castortransporte unmöglich machen auf allen Ebenen.

Antwort 2

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben uns im vergangenen Jahr - trotz mancher Vorbehalte und Kritik - am Schottern beteiligt. Wir waren beeindruckt, dass so viele dem Aufruf, die Castorstrecke zu sabotieren, gefolgt sind. Beeindruckt hat uns aber vor allem der Mut, mit dem sich viele der Polizeigewalt widersetzt haben. Uns ist es wichtig, dies als gemeinsame Erfahrung in Erinnerung zu rufen.
Festzuhalten bleibt auch, dass die Kampagne Castor Schottern eine seit langem im Wendland praktizierte Aktionsform populär gemacht hat. Das ist vor allem denjenigen zu verdanken, die die Kampagne vorbereitet haben.

Auch dies gilt es anzuerkennen. Trotzdem fiel unsere Bilanz im Nachhinein nüchtern aus, denn der materielle Erfolg, die Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg nennenswert zu sabotieren, ist ausgeblieben. Erfolgreich war Castor Schottern vor allem als öffentliche Kampagne und als Teil des gesamten Widerstands gegen den Castortransport 2010 - auch wenn uns die Strategie, mit der an die Öffentlichkeit getreten wurde, nicht immer gepasst hat. So hat die Auseinandersetzung um die Schienenstrecke in der Göhrde zum Erfolg der Sitzblockade von xtausenmalquer beigetragen, die ohne die Treckerblockaden nur halb so wirksam gewesen wäre. Nicht zu vergessen der Coup von Greenpeace auf der Straße. Und so weiter und so fort. Unser "autonomer" Beitrag bestand demgegenüber vor allem darin, dabei gewesen zu sein, auch wenn einige wenige von uns bei der Vorbereitung und Durchführung von Castor Schottern beteiligt waren und es auch einzelne militante Angriffe auf die Infrastruktur der Bullen gab. Ihr ahnt, worauf wir hinaus wollen: Auch wenn wir mit dem Motto "Les barricades ferment les rues mais ouvrent la voie" ganz und gar einverstanden sind und wir manche Kritik der Autorinnen und Autoren genauso sehen, wir teilen nicht die Haltung, die aus dem Papier spricht. Denn bei allem Streit in der Sache, weder Castor Schottern noch die Interventionistische Linke sind unsere politischen Gegner. Auch wenn es aufgrund unterschiedlicher Zielsetzungen immer wieder zum Streit um die Entwicklung politischer Strategien kommen wird, betrachten wir sie als Genossinnen und Genossen und sind mit vielen befreundet. Unsere Kritik an Castor Schottern - darauf wurde in autonomen Diskussionsbeiträgen vielfach hingewiesen - richtet sich vor allem dagegen, dass beim Schottern offensive Gegenwehr gegen die Bullen ausgeschlossen wurde.
Unseres Erachtens war dies einer der Kardinalfehler der Kampagne 2010. Ein weiterer war die Berechenbarkeit unseres Versuchs, in der Göhrde mit Tausenden zum Zuge zu kommen. Dies ist gehörig gescheitert, auch wenn die Gleise auf ein paar Metern unterhöhlt wurden. Aber dies sind taktische Fehler, aus denen wir gemeinsam lernen können. Klar kriegen wir Pickel, wenn Sprecher der Kampagne im TV von zivilem Ungehorsam reden und Gewaltfreiheit als Konsens der Bewegung ausgeben. Das ist ärgerlich und dumm, weil sie wissen, dass die Stärke der Anti-Atombewegung ihre Vielfalt und Unberechenbarkeit ist und dies nicht zuletzt im Wendland gilt. Wir wissen um die Schwierigkeiten im Umgang mit der Presse, teilen die grundsätzliche Medienkritik unserer Freundinnen und Freunde, die aus dem Papier spricht, jedoch nicht. Sollte im Herbst der Castor wieder rollen, werden wir wieder dabei sein. Wir werden versuchen, Schiene und Bulleninfrastruktur zu blockieren. In diesem Sinne halten wir den Ansatz der "Atomstaat stilllegen"-Kampagne für eine sinnvolle Ausweitung unserer Handlungsmöglichkeiten, aber nicht als Ersatz zur Sabotage der Schiene. Wir setzen auf unberechenbare, offensive und militante Aktionsformen, wissen aber, dass wir nur gemeinsam stark sind, und hoffen deshalb, dass sich wieder viele an den Protesten beteiligen werden.

See you behind the barricades

Einige autonome Aktivistinnen
und Aktivisten aus dem Westen

An alle, die mit uns geschottert haben ... an die, die zukünftig schottern … und einiges mehr wollen.

Eine Erklärung der Interventionistischen Linken (IL) zur Kampagne Castor Schottern und den Grundlagen künftiger interventionistischer Praxis.

Vorbemerkung. Wir veröffentlichen dieses Papier unter dem Eindruck von Ereignissen, die vor allem eines zeigen: das gefällige Gerede der Herrschenden, man habe die Dinge „im Griff", ist nichts als Gerede. Der einzig stabile Faktor der gegenwärtigen Weltverhältnisse ist ihre grundlegende Instabilität.

Natürlich ist hier zunächst der GAU von Fukushima zu nennen: Nach Tschernobyl geschieht zum zweiten Mal, worauf der weltweite Widerstand gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital immer schon verwiesen hat, was in Wahrheit auch alle anderen wussten, doch billigend, d.h. massenmörderisch und lebensvernichtend in Kauf nahmen. Die Reaktion der Verantwortlichen auf die vorhersehbare Katastrophe ist nicht nur nicht souverän - sie ist erbärmlich. Man hält sich an der Macht, weil man schon an der Macht ist und das auch künftig bleiben will. Politik reduziert sich auf Herrschaftssicherung, durchgesetzt durch alltägliche ökonomische Erpressung, systematisch betriebene Konfusion und den nicht erst letztendlichen Einsatz bürokratischer, polizeilicher und militärischer Gewalt. In der BRD folgen auf den GAU von Fukushima und die offen demonstrierte Ohnmacht und Hilflosigkeit einer Führungsmacht der Weltordnung im Stunden-und-Tages-Takt das Drei-Monats-Moratorium, die größten Anti-AKW-Demonstrationen der Geschichte samt wahlpolitischen Konfusionen, abgehalfterter Politiker stammeln „Wir haben verstanden!" und der RWE-Konzern – soweit die neueste Wende – reicht erstmal Klage ein: zur Sicherung des laufenden Geschäfts unter allen erdenklichen Umständen

Nicht nur nennen, sondern begeistert begrüßen wollen wir dann die Folge unerwarteter Erhebungen, in der die Massenbewegungen der nordafrikanischen und westasiatischen Städte binnen weniger Wochen jahrzehntelang herrschende autoritäre Regime gestürzt oder grundlegend geschwächt haben. Dabei setzten die Leute ihr Recht zur freien Versammlung auf den öffentlichen Plätzen auch gegen brutale Angriffe der staatlichen Gewaltapparate durch und griffen dazu schließlich auch zu den Waffen. Nachdem EU und USA die stürzenden Regime zunächst halten wollten, nahmen sie den Aufstand gegen das Gaddafi-System – repressiv und korrupt seit Jahrzehnten und zuletzt hochgerüsteter Vorposten der menschenverachtenden europäischen Migrationsabwehr - zum Anlass, selbst militärisch zu intervenieren. Die Aktion ist der geradezu verzweifelte Versuch, die außer Kontrolle geratene Bewegung wieder in den Griff zu bekommen.

Nicht zu vergessen schließlich die Finanzkrise. Dass auch sie nach wie vor keineswegs „im Griff" ist, belegt das Drängen des IWF zur völligen „Umschuldung" Griechenlands, dem dann Irland und Portugal folgen sollen. Gleichzeitig trennt sich der weltweit größte Anleiheninvestor Pimco, der schon beim Zusammenbruch des Immobilienmarkts den Startschuss gab, auf einen Schlag von sämtlichen US-Staatsanleihen: und gibt als aktuellen Grund die staatlichen Sozialprogramme an.

Halten wir an dieser Stelle fest: das alles kann lange, lange noch so weiter gehen. Zugleich ist nicht ausgeschlossen, den Ausstieg aus der Atomtechnologie und eine tiefgreifende Umwälzung der Energiepolitik jetzt endlich durchsetzen zu können. Dazu brauchen wir, neben der Achtsamkeit für die plötzliche Beschleunigung der Krisen und der Offenheit für das Unerwartete, die Geduld, mit dem fortzufahren, was wir schon begonnen haben. Im Feld des Kampfes gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital war dies vor Fukushima schon die Kampagne Schottern 2010, die im kollektiven Gedächtnis linker Bewegungen der BRD zu Recht ihre Spuren hinterlassen hat. Der Auswertung der in ihr gemachten Erfahrung gilt der folgende Bericht, als Blick zurück und nach vorn.

Put your money where your mouth is

Castor Schottern war für uns, um das vor allem andern festzuhalten, ein erholsamer Ausbruch aus dem Alltag linken Scheiterns. Zentrales Ziel der IL-Praxis im Allgemeinen und der IL-Beteiligung an der Kampagne Castor Schottern im Besonderen war und ist es, die Handlungsfähigkeit (nicht nur) der radikalen Linken zu erweitern. In der alltäglichen Praxis der verschiedenen linken Strömungen wird dieser nicht nur von uns erhobene formulierte Anspruch leider selten eingelöst: Allzu oft machen wir auf Aktionen (gar nicht erst zu sprechen von unserem Alltag) die Erfahrung der eigenen Machtlosigkeit. Aufrufe, dies und das zu besetzen, einzureißen oder abzuschaffen, enden vor polizeilichen Absperrgittern und der müßigen Erfahrung, dass „die Bullen wieder mal machen können was sie wollen!" Aus diesem Leerlauf wollen wir raus, wollen uns selbst und anderen die Erfahrung ermöglichen, handlungsfähig und -mächtig zu sein. Dazu müssen wir zuerst aus den Erfahrungen lernen, die uns ohnmächtig zurück lassen: Wir können nicht (mehr) einfach ankündigen, dieses oder jenes „abschaffen" oder auch nur „angreifen" zu wollen und dann darauf spekulieren, dass das alles geheim und in kleinen Kreisen vorbereitet und umgesetzt wird. Uns geht es stets um öffentlich angekündigte und dann auch realisierte Massenaktionen. Diese strategische Entscheidung ist jedoch keine Absage an autonome Kleingruppenkonzepte. Im Gegenteil können Kleingruppenaktionen oft eine sinnvolle Ergänzung zu Massenaktionen sein, wie z.B. bei der Sperrung von Waldwegen im Wendland oder auch bei den Aktionen gegen den Naziaufmarsches in Dresden, der 2010 - und mit Abstrichen auch 2011 - durch eine gegenseitige Unterstützung von Massenblockierenden und flexiblen Kleingruppen verhindert wurde.

Initiiert von autonomen Genoss innen, von der IL mitgetragen.

Castor Schottern war keine von der IL initiierte Aktion, sondern die Idee autonomer Zusammenhänge, die seit langem im Wendland aktiv sind und ihre Erfahrungen über Jahre hinweg stetig auswerteten. Aus diesen Erfahrungen und in der Absicht, die eigene Aktion durch neue Bündnisse zu entwikkeln, traten diese Zusammenhänge an uns heran. Insofern war Castor Schottern nur als Weiterentwicklung der Kampagne „Gemeinsam kommen wir zum Zug", nur in der Stetigkeit organisierter linksradikaler und autonomer Beteiligung an der Anti-Atom-Bewegung und nur durch ihre einzigartige Verankerung in der Göhrde und im Wendland-Protestspektrum möglich. Wir denken aber auch, dass die Kampagne ohne die Erfahrungen und Aktivitäten der IL nicht so gelaufen wäre, wie sie es ist.

Für unsere politische Praxis ist Selbstermächtigung in doppelter Hinsicht eine zentrale Kategorie. Wichtig ist uns erstens die Selbstermächtigung zur Aktion. Wir wollen gemeinsam mit vielen Menschen kämpfen, die nicht schon von vornherein wie wir denken und handeln. Notwendige Voraussetzung dafür sind Transparenz und Berechenbarkeit für alle, die sich an einer Kampagne oder einzelnen Aktionen beteiligen wollen. Um sich Kampagnen und Aktionen selbst aneignen zu können, müssen alle wissen, worauf sie sich einlassen. Es ist offensichtlich, dass das bei Castor Schottern weit über die Szenegrenzen hinweg gelungen ist. Dafür war das verbindliche Aktionsbild ebenso wichtig wie die Aktionstrainings und Info-Veranstaltungen.

Uns ist bewusst, dass öffentlich hergestellte Berechenbarkeit und Transparenz auch von Staatsapparaten genutzt werden können. Doch gibt es dazu, wenn wir die massenhafte Selbstermächtigung wollen, derzeit keine Alternative. Zugleich hat sich gezeigt, dass wir für die Staatsmacht in vielen Situationen trotzdem unkontrollierbar waren. Wichtig ist uns zweitens die Selbstermächtigung durch die Aktion – und die gegenseitige Verstärkung beider Dimensionen der Selbstermächtigung. Nach unserer Wahrnehmung hatten viele Aktivist_innen während und nach der Aktion zu Recht das Gefühl, handlungsfähig gewesen zu sein, Agierende/r gewesen zu sein - und nicht Opfer von Polizeigewalt und staatlicher Willkür. Viele haben – und sei es nur für einen Moment – die Erfahrung machen können, die eigenen Bedürfnisse und Ziele nicht länger in die Hände anderer gegeben, sondern gemeinsam und solidarisch gekämpft zu haben. Mit diesen Erfahrungen erobern wir kollektive Handlungsfähigkeit zurück und brechen gemeinsam aus Ohnmacht und Vereinzelung aus.

Radikalisierung? Radikalisierung!

Im kollektiven Auftreten (Selbstschutz, praktiziertes Recht auf Anonymität) wie im Niveau der Konfrontation hat die Kampagne Schottern radikalisiert, was hier in der letzten Dekade an Massenaktionen möglich war. Ihr Erfolg erinnert an den der italienischen Tute Bianche, die in den 90er Jahren das Konzept des geschützten zivilen Ungehorsams entwickelt haben. Auch sie haben im gemeinsamen Handeln mit vielen anderen Neues gewagt und gelernt, dass man vor der Polizei nicht immer weg rennen muss, dass es mit den nötigen Vorkehrungen sogar möglich ist, prügelnden Polizisten (und sei es zeitweilig) standzuhalten. Wir haben uns verloren geglaubtes Terrain wiederangeeignet. Unsere Hoffnung, dass diese Erfahrung mittel- und langfristig auf andere Aktionen und andere Akteur_innen ausstrahlt, haben sich schon während der Dresdner Anti-Nazi-Blockaden des Februar 2011 bestätigt: der Spirit ist angekommen. Die Sperrung einer Straße durch Polizeiketten bedeutet eben nicht jedem Fall, dass wir nicht genau da lang gehen können.

Natürlich ist das Konfrontationsniveau der Aktion nur ein Aspekt der umfassenden Radikalisierung, die wir wollen. Unser Ziel ist vielmehr eine radikale Linke, die den Prozess der Transformation immer auch am demokratischen Potenzial der Bewegung Vieler, letztlich von Mehrheiten misst und deshalb immer auch auf Massenradikalität setzt.

Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, für tausende, für zehntausende Menschen ein partizipatives Angebot selbstbestimmten gemeinsamen Handelns zu schaffen. Daraus resultiert dann u.a. die Notwendigkeit zu verlässlichen Vereinbarungen, zu Transparenz, zur Bereitstellung von Infrastruktur vor und während der Aktion, zu einer Vielzahl von Aktionstrainings und Informationsveranstaltungen und damit zum dazu erforderlichen Organisationsgrad.

Besonders herausheben wollen wir in diesem Kontext die Pressearbeit von Castor Schottern, der es gelungen ist, illegalen Aktionen und Massenmilitanz eine breite Akzeptanz zu schaffen. Dabei haben wir mit den sog. „embedded journalists“ in der Göhrde überwiegend positive Erfahrungen gesammelt. Natürlich sind wir uns bewusst, dass eine derart erfolgreiche Pressearbeit immer ein Stück weit nach den Regeln der Medien gespielt werden muss und damit problematische Formen von Repräsentation reproduziert. Doch nimmt, wer glaubt, dass so etwas „herrschaftsfrei“ möglich sei, die eigene Analyse der Massenmedien kapitalistischer Herrschaft nicht ernst. Wir selbst können im Vergleich zu Heiligendamm auf eigene Fortschritte verweisen und halten gegen bestimmte Gerüchte ausdrücklich fest, dass es von unserer Seite im Castor-Zusammenhang keine Distanzierung von militanten Aktionen gegeben hat, auch nicht zu denen gegen die Berliner S-Bahn.

Punktuelle Infragestellungen der Legitimität des staatlichen Handelns und des Gewaltmonopols des Atomstaats gab es im Wendland auch früher schon. Das Neue der Kampagne Schottern war, dies vorab öffentlich propagiert und deshalb auch gemeinsam und massenhaft umgesetzt zu haben. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu klandestinen Kleingruppenkonzepten, die nach ihren Möglichkeiten sinnvoll bleiben: Wir wollen, dass unsere Aktionen, ihr Sinn und ihre Aussagen die Menschen erreichen, emotional und rational nachvollzogen und deshalb als legitim verstanden werden können. Eine radikale Linke, die ihre Ziele und Aktionen auf längere Sicht nicht öffentlich legitimieren kann, wird nicht zur Gegenmacht werden, geschweige denn das Tor zu einer emanzipatorischen Gesellschaft aufstoßen.

Über Massenmilitanz, Sabotage und Zivilen Ungehorsam

Die Verwendung des Begriffs „Ziviler Ungehorsam“ im Zusammenhang mit den Aktionen der Kampagne Castor Schottern ist auf Kritik gestoßen, auch in der IL nicht unumstritten und sicher kein universaler Bezugspunkt. Wir denken dennoch, dass der Begriff sinnvoll ist, sofern er der radikalen Linken besonders dort Anschlüsse öffnet, wo regelüberschreitender Protest im Prinzip bereits anerkannt ist. Der von uns seit der Mobilisierung zu Heiligendamm 2007 und jetzt auch in der Kampagne Schottern benutzte Begriff ist nicht an sich reformistisch, liberal oder gar reaktionär: Entscheidend ist vielmehr, mit welcher Bedeutung, also mit welcher Praxis wir ihn füllen. So gelten in vielen europäischen Ländern massive Formen der Sachbeschädigung militärischer Einrichtungen und Waffen als Ziviler Ungehorsam. Die Schottern-Kampagne hat den Begriff aus seiner passiven Engführung („nur Hinsetzen ist Ziviler Ungehorsam“) gelöst und auf eine massenmilitante Aktion beziehen können, die öffentlich zur Sabotage atomarer Infrastruktur aufgerufen und dies auch getan hat. Im Übrigen scheint uns die Auseinandersetzung um den Begriff generationsbedingt zu sein: Der Begriff meint seit Heiligendamm nicht mehr dasselbe wie in den Protesten etwa gegen die Raketenstationierungen der 1980er Jahre, von denen sich der Militanzbegriff der autonomen Strömung abzusetzen suchte.

Von der Notwendigkeit, andere Akteur innen einzubeziehen.

In der Debatte um die Kampagne Castor Schottern war die Beteiligung weiterer Akteur_innen eine zentrale Frage. Für uns war und ist die Breite und Vielfalt des Wendland-Widerstandes und die große Solidarität der anderen Teile der Anti-Atom-Bewegung eine notwendige Bedingung für den qualitativen Sprung in den Aktionsformen. Essenziell war auch die breite Unterstützung, insbesondere die Pufferfunktion, die vor allem durch Abgeordnete der Linkspartei NRW geleistet wurde: Sie waren ein Schild gegen die staatliche Repression, den wir - weiterhin offensiv in der Öffentlichkeit agierend - benötigten. Dass es der Kampagne Castor Schottern gelingen würde, sich breit zu öffnen und über den linksradikalen Kreis hinaus zu wirken, war nicht von vorne herein ausgemacht und hat viel Arbeit und Nerven gekostet. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, dass wie vielen Beteiligten auch uns die Angst im Nacken saß, es würde schon im Vorfeld zu einer breit angelegten Repression kommen: es sah, wir räumen das ein, eine Zeit lang eher nach Schlottern statt nach Schottern aus.

Dem bündnispolitischen Kompromiss, der z.B. der Grünen Jugend (GJ) die Unterstützung unserer Kampagne untersagte, respektieren wir, auch wenn wir ihn erst nach langem (weiter fortdauernden) internen

Streit zähneknirschend akzeptiert haben. Die Frage nach Akteur_innen ist immer auch eine nach Orten. Wir wissen, dass die temporären Ausbrüche bei Großereignisse und übergreifenden Kampagnen nur ein Zwischenschritt sein können auf dem Weg zur (Wieder-)Aneignung eines politischen Alltags. Aber sie sind wichtige Schritte und wir können sie gehen.

Blick zurück nach vorne

Die IL beteiligte sich bislang und beteiligt sich weiterhin in den Strukturen der Kampagne Castor Schottern, an den Auswertungen der Aktivitäten von 2010 und der Vorbereitung der kommenden Aktivitäten. Dort ist der Ort, über konkrete Details, gemachte Fehler und mögliche Problemlösungen zu reden. Dass sich unter den nach Fukushima eingetretenen Bedingungen neue Möglichkeiten öffnen werden, ist uns bewusst. Wenn wir uns hier zu den folgenden Positionen und Aufgaben verpflichten, tun wir das auch in der Bereitschaft, längst gefüllte Terminkalender kurz entschlossen wegzuwerfen und mit allen anderen das zu tun, was bis dahin nicht möglich war:

- Für die IL als Organisierung radikaler und militanter Linker bleibt der Kampf gegen den Atomstaat ein wesentliches Moment im Widerstand gegen kapitalistische, rassistische und patriarchale Herrschaft und dem daraus wachsenden, offenen Prozess der revolutionären Transformation, hier, anderswo, überall.
- Auch in der aktuellen Beschleunigung der Krisen und gegenwärtig nicht zu übersehenden Wendungen kommt dem Widerstand gegen die Atomtransporte ins Wendland dabei eine herausragende Rolle zu.
- Wir werden deshalb die Erfahrungen von 2010 nutzen, um unsere wie die gemeinsamen Aktionsformen und die sie tragenden Strukturen zu verbessern, auch um gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie die Aktivist_innen besser geschützt und in Großgruppen schneller handlungsfähig werden können.
- Wir möchten mehr Menschen motivieren, sich nicht „nur" am Protest, sondern auch an dauerhaften Widerstand gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital und schließlich am langen Prozess der Transformation der Verhältnisse zu beteiligen, ihn zu ihrem eigenen Prozess zu machen.
- Wir möchten dabei mitwirken, eine Choreografie des Widerstands zu entwickeln, die auf einer solidarischen Vielfalt gründet und ihr zu Sprache und Ausdruck verhilft.
- Wir rufen dazu auf, die Kampagne Castor Schottern 2011 zu unterstützen: Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Für die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne!
- Wir vergessen nicht, dass gerade heute der Widerstand gegen den imperialen Krieg nicht vernachlässigt werden darf, dass wir in vielfacher Hinsicht zum Widerstand aufgerufen sind.

Ein letztes Wort an die, die uns vorwerfen, die Aktion zum Inhalt zu machen. Nein, das tun wir nicht. Allerdings bestehen wir entschiedener als andere auf ihrem untrennbaren Zusammenhang. In linker und hier insbesondere in linksradikaler Perspektive liegt dieser Zusammenhang zuerst und zuletzt in der Selbstermächtigung, und diese ist zuerst eine solche zur und durch die Aktion. Niemand sagt, dass damit schon alles erreicht ist – doch liegt auf der Hand, dass wir nur so gewinnen können: Was wir wollen, die Selbstbefreiung aus kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Herrschaft, das können wir und alle, die das angeht, nur selber tun. Konkret gewendet: Ein Castor Schottern 2.0 wie die Interventionen, die erst mit der Katastrophe von Fukushima möglich wurden, werden nur Realität, wenn wir jetzt damit beginnen. Dazu gehört, dafür zu sorgen, dass sich mit uns möglichst viele der Aktivist_innen, die beim letzten Mal erst auf den Schienen zu uns gestoßen sind, jetzt schon in die Vorbereitungen einbringen. Schließt euch bestehenden Gruppen an, bildet neue Gruppen, vernetzt euch. Machts nach, macht mit, machts besser!

Interventionistischen Linke April 2011

Termine

Zuerst einmal der Termin: In diesem Jahr rollt der Castor nicht nach der ersten Novemberwoche sondern am vierten Advent. Und NEIN, wer erst zur Auftaktdemo kommt ist zu spät, denn diese Jahr kommt der Transport mindestens einen Tag früher als sonst üblich. Bereits am Donnerstag den 24.11. wird er in Frankreich los fahren, und kann, wenn er nicht aufgehalten wird schon am späten Freitag Abend in Lüneburg sein. Deshalb sollten auch alle, die sich an den Aktionen an den Schienen beteiligen wollen bereist ab Donnerstag in den Camps entlang der Schiene einfinden. Diese sind Wendisch Evern bei Lüneburg, Dahlenburg, Metzingen und Hitzacker. Nehmt Euch also lieber den Donnerstag und den Freitag frei als Montag und Dienstag. Als weitere Vorbereitung sei hier auf die Aktionstrainings und Infoveranstaltungen verwiesen die ihr unter bewegungsmelder.org finden könnt. Aktuell stehen noch folgende Veranstaltungen an :

So. 13.11. 11 Werkstatt 3, Regionalkonferenz Energiekämpfe
So. 13.11. 15 Rote Flora, Do it Yourself Cafe
Di. 15.11. 19.30 Rote Flora autonome VV u.a. zum Castor2011
So. 20.11. 20 Gängeviertel , Last Call - letzter Stand der Dinge
weitere sind in Planung - Atomausstieg bleibt Handarbeit!

Flora Termine November

Mi 02. 11. 21 Uhr
Konzert
La Ligne Maginot(Wien)
Purple Death(Kiel)

Fr 04.11. 21 Uhr
Konzert
Hang The Bastard
Wolf X Down

So 06. 11. 15 Uhr
Konzert
Noisecafé No.: 6:
Shield Your Eyes(London)

Fr 11. 11. 21 Uhr
Konzert
Patsy O`Hara

Sa 12. 11. 22 Uhr
Soli-Party für kriminalisierte Antifas
aus Rheinland-Pfalz
Infos unter: Remagensoli
1st floor: HipHop, Elektro
2nd floor: Punk/HC/Trash

So 13. 11. 16 Uhr
Konzert
Rise And Fall
Ritual
Trainwreck
Oathbreaker
Hessian

Mo 14.11. 21 Uhr
Konzert
Terrible Feelings(Punk, Swe) + supp.

Do 17. 11. 23 Uhr
Party
SubSpace
Electro/Minimal + supp.

Fr 18. 11. 21 Uhr
Soli-Party für das KRASS-Mag.
Mit dabei: Sookee (HipHop aus Berlin)
Tanzmusik von Plattentellern auf 2 Etagen:
UNTEN: 80er/90er, RiotGrrrl, Punk
OBEN: HipHop, Elektrokrams & Techno
und Special Effects
Im Vorprogramm: KurzFilm

So 20.11. 15 Uhr
Konzert
Noisecafé #7
mit Urban Failure (Bratislava)

18 Uhr
Agrimonia(Crust/Metal, Swe)
Cara Beth Satalino(Indie, USA)

Do 24. 11. 19 Uhr
Info- und Mobilisierungsveranstaltung
für die Antifa-Demo am 10.12. in Greifswald

Sa 26. 11. 23 Uhr
Soliparty für Prozesskosten und ein
Flüchtlingsprojekt im Mittelmeerraum
- Dubfloor (by Dub-Café)
- Dubstep/Breakcore-Floor mit Amazing Mono aus Kiel

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr